

PROTOKOLL

über die 33. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
dem 16. Dezember 1971, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR. :

Leopold Petermair

Franz Weiss

STADTRÄTE:

Alfred Baumann

Alois Besendorfer

Rudolf Fürst

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:

Ing. Ingomar Böhm

Johann Brunmair

Vinzenz Dresl

Franz Enöckl

Karl Feuerhuber

Franz Frühauf

Dr. Hermann Gärber

Karl Gherbetz

Johann Heigl

Ing. Johann Holzinger

Anna Kaltenbrunner

Walter Kienesberger

Johann Knogler

Friedrich Kohout

Rudolf Luksch

Franz Mayr

Therese Molterer

Walter Moser

Helmut Pils

Erich Sablik

Hubert Saiber

Heinrich Schwarz

Prof. Dr. Konrad Schneider

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremml

Johann Zöchling

VOM AMTE:

Magistratsdirektor OSR. Dr. Karl

Enzelmüller

Mag. - Dir. - Stellv. SR. Dr. Johann Eder

Oberamtsrat Alfred Eckl

Oberamtsrat Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:

VOK Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

- 1) Ha-3400/71 Antrag auf Feststellung des Voranschlages für das
Jahr 1972.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

- 2) Präs-611/71 Einmalige Vergütungen für besondere Dienstlei-
stungen im Jahre 1971.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 3) F-5006/66 Regulierung der Altersheimgebühren.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie zur heutigen Sitzung des Gemeinderates herzlich begrüßen. Ich stelle die Beschlußfähigkeit der Sitzung fest. Gegen die Tagesordnung wurde kein Einwand erhoben. Ich darf damit Ihre Zustimmung annehmen.

Entschuldigt ist Herr Gemeinderat Fritsch. Als Protokollprüfer werden vorgeschlagen Herr Gemeinderat Kohout und Herr Gemeinderat Knogler. Ich bitte Sie, diese Funktion anzunehmen.

Wir haben als ersten Tagesordnungspunkt den Antrag und die Feststellung des Voranschlags für 1972 durchzuführen.

Ich bitte während des Vortrages Herrn Vizebürgermeister Weiss, den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Eröffnung und bitte Herrn Bürgermeister in seiner Funktion als Finanzreferent um seinen Bericht zum Voranschlag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren Gemeinderäte, liegt heute der Haushaltsvoranschlag 1972 zur Beratung und Beschlußfassung vor.

Es sind Ihnen das Zahlenwerk des Voranschlags mit ordentlichem Haushalt und außerordentlichem Haushalt, ergänzt durch die Dienstvorschrift betreffend die Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Voranschlags, die Einzelvoranschläge des Wirtschaftshofes, der Städtischen Unternehmungen, Der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr, der Voranschlag der Stiftungen, die Sammelnachweise für den Personalaufwand, für die allgemeinen Amts-

erfordernisse, für die Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenutzungskosten, der Sammelnachweis für den Schuldendienst, der Dienstpostenplan und nachrichtlich der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr bereits zum Vorstudium überreicht worden.

Die Fraktionen des Gemeinderates haben in zum Teil ganztägigen Beratungen den Amtsentwurf des Haushaltsvoranschlags 1972 beraten. Der Finanz- und Rechtsausschuß hat in seiner gemeinsamen Sitzung vom 18. 11. diesen Haushaltsvoranschlagsentwurf dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlußfassung zugewiesen.

Gemeinderat Ing. Holzinger erscheint um 14.15 Uhr.

Bevor ich aber den Vorsitzenden ersuche, darüber die Diskussion zu eröffnen, erlauben Sie mir bitte, auch einige Erläuterungen, einige Gedankengänge und auch einige Antworten auf bereits aufgeworfene Fragen zu geben.

Zuerst die Antwort auf die Frage oder zur Kritik, wie genau kann ein Haushaltsvoranschlag erstellt werden und wie hoch ist sein Annäherungswert zur Abrechnung des betreffenden Haushaltsjahres?

Auf Grund der Kritik des Nachtragsvoranschlags 1971 habe ich feststellen müssen, daß darüber zum Teil falsche Ansichten oder Unklarheiten innerhalb des Gemeinderates und besonders in der Öffentlichkeit bestehen. Erstellt wird der Haushaltsvoranschlag von der Ausgabenseite her und zwar unter Bedachtnahme auf größtmögliche Sparsamkeit, ausgerichtet auf möglichst großen Effekt der Wirtschaftlichkeit der infrastrukturellen Maßnahmen, die zu setzen sind, und ein weiteres Kriterium ist dabei, den Gegebenheiten und berechtigten Wünschen der modernen Lebensart un-

serer Gemeindebürger gerecht zu werden.

Einer freizügigen Befolgung dieser vorgenannten Überlegungen stehen allerdings Fixpunkte im Wege und das sind die laufenden Erfordernisse eines geordneten Amtsbetriebes, die Personalkosten, die - wie Sie aus dem Haushaltsvoranschlagsentwurf entnommen haben - S 65 Mill. im kommenden Jahr erfordern werden. Der finanzielle Umfang jener Projekte, die fortgeführt werden müssen, umfaßt besonders im aoH rund S 45 Mill., im oH betreffen jene Projekte rund S 10 Mill. Wir haben im Rahmen der Vorberatungen den Haushaltsvoranschlag in mehrere Gruppen aufgliedert:

1) in Fixkosten, die aus der Führung des Amtsbetriebes, aus gesetzlichen Bestimmungen erwachsen, wie z. B. der zu leistende Schulaufwand, Beiträge der Gemeinde für die Abdeckung des im Lande anfallenden Abganges der Krankenanstalten, Beiträge für Bau und Führung von Berufsschulen, die Weiterführung freiwilliger Leistungen der Gemeinde, wie z. B. die Führung der Kindergärten, des Altersheimes, Förderungen des Sports und der kulturellen Betätigung der Gemeinde.

Diese schon mehr als Fixkosten zu bezeichnenden Konten erfordern einen Betrag von rund S 59 Mill.

Die 2. Kostengruppe umfaßt nicht periodisch anfallende Ausgaben für den Amtsbetrieb, für Kanzleieinrichtungen und Erneuerungen, z. B. Anschaffung neuer Schreibmaschinen für den Amts- und Schulbetrieb, einmalige Investitionen, die in Verbesserungen kommunaler Einrichtungen oder Institutionen ihren Niederschlag finden.

Bei den in diesen Gruppen präliminierten Ansatzposten handelt es sich wohl um theoretisch von uns beeinflussbare Ausgaben. Aber im Interesse eines geordneten Betriebes und der von dem Gemeindebürger in Anspruch ge-

nommenen kommunalen Einrichtungen sind diese Ausgaben kaum reduzierbar, aufschiebbar oder vermeidbar.

Der Umfang dieser Ausgaben-Gruppe ist rund S 5 Mill.

An statutarische, gesetzliche oder sonstige Verordnungen nicht gebunden - also frei entscheidbar für den Gemeinderat - sind die Zuwendungen der auf freiwilligen Leistungen basierenden Kommunaleinrichtungen. Sie sind im Vorbericht zum Haushaltsvoranschlag mit ihrem Zuschußbedarf ausgewiesen und sind mit einem Betrag von rund S 20 Mill. ausgestattet. Freilich sind auch hier vom Gemeinderat soziale, gesellschaftliche, kulturelle, sportfördernde Notwendigkeiten zu berücksichtigen, deren wir uns ebenfalls kaum entziehen können. Einsparungen auf diesem Sektor müßten vom Gemeindebürger als ungerechtfertigt, wirtschaftshemmend und unsozial angesehen werden und erscheinen damit auch für den Gemeinderat als nicht akzeptabel.

Wenn ich hier - allerdings sehr vereinfacht - die Beeinflussbarkeit der Ausgaben im ordentlichen Haushalt darstelle, zeigt sich nun folgendes Gesamtbild:

Der Gesamtaufwand des ordentlichen Haushaltes beträgt auf Grund des Voranschlagsentwurfes S 151,5 Mill.

Die Pflichtausgaben, wie vorher genannt, umfassen S 145 Mill.

Beeinflussbare Ansätze sind aber aus schon erwähnten Gründen als feststehend anzusehende Ausgaben zu betrachten, sodaß der effektiv frei verfügbare Rahmen im ordentlichen Haushalt lediglich die Zuführungen zum außerordentlichen Haushalt darstellt. Das sind S 5 Mill. oder 3,3 % des gesamten Haushaltes.

Und nun muß noch ein Wort zum Vergleich zwischen präliminierten und abgerechneten Haushaltsposten in den Haushaltsjahren 1969 und 1970 gesagt werden. Wenn man diese Zahlen betrachtet, so ersieht man, daß hier im

wesentlichen die Differenz auf der Einnahmenseite der Finanzverwaltung im oH liegt, daß die Differenz im aoH in der Reduzierung der Ansatzposten im oH gelegen ist. Ich komme noch darauf zurück.

In den außerordentlichen Haushalt, der mit einem Betrag von S 61 Mill. präliminiert ist, übertragen wir Ausgaben für noch nicht abgerechnete oder noch nicht abgeschlossene Investitionen größeren Umfanges, die sich meist über mehrere Jahre erstrecken und deren freies Ermessen in Gemeinderatsbeschlüssen nur von den sich ständig ändernden Bedürfnissen des gesellschaftlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens in unserer Stadt bestimmt wird.

Diese Ansatzposten sind nicht nur der Höhe nach im Gemeindehaushalt gravierend; sie sind auch in ihrer Vorausschaubarkeit von manchen, zum Zeitpunkt des Ansatzes noch unbekannt Faktoren abhängig. Hier werden wir immer wieder erleben, daß zwischen Voranschlag und Abrechnung innerhalb eines Rechnungsjahres größere Differenzen auftreten, schon deshalb, weil es sich um Arbeiten handelt, die mehrere Jahre Laufzeit haben und daher natürlich auch zeitliche Verschiebung des Arbeitsablaufes und daraus resultierend auch zeitliche Verschiebung der Abrechnungen eine Verschiebung des finanziellen Aufwandes naturgemäß damit verbunden ist. Ich habe schon bei der Diskussion des Nachtragsvoranschlages für 1971 auf einige dieser Beispiele hingewiesen. Gravierend war ständig der Kanalbau und der Schulbau. Wir erinnern uns an die Abrechnungen des Altersheimes. Gerade beim Wohnbau ist vielleicht der größte Unsicherheitsfaktor bei der Präliminierung darin gelegen, daß wir nie wissen können, welche Wohnbauvorhaben im Haushaltsjahr vom Fonds bewilligt werden.

Wenn Veränderungen im außer-

ordentlichen Haushalt unvermeidbar sind, ist es meiner Meinung nach entschieden besser, für anfallende Ausgaben vorbereitet zu sein, als später allzu viele Kredite nachfordern zu müssen. Bereitgestelltes Geld nicht auszugeben ist vernünftiger und, wenn Sie wollen, das kleinere Übel als für zu knapp bemessene Ansatzposten erst später und unvorbereitet Geldquellen zu suchen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß auch die Kreditinstitute ihre für Investitionen zur Verfügung gestellten Kredite längerfristig veranlagen und es während des Jahres schwer möglich ist, zusätzlich Kredite bei solchen Institutionen anzufordern.

Aber dessen ungeachtet können wir feststellen, daß bisher auch im außerordentlichen Haushalt die Abweichungen vom Voranschlag immer noch in bescheidenen Grenzen geblieben sind.

Die Abrechnungen gerade der im außerordentlichen Haushalt untergebrachten Projektkosten darf man nicht - wie es im Budget als auch in der Rechnung sich darstellt - kalendarisch sehen, sondern aus der Sicht des oft über Jahre sich erstreckenden Arbeitsablaufes.

Wie sieht aber die Situation der Budgetierung der Einnahmenseite aus? Der Haushaltsvoranschlag 1971 hat uns bis zum Nachtragsvoranschlag ein Mehr von S 25 Mill. Steueraufkommen bzw. Anteile an gemeinschaftlichen Steuererträgen gebracht. Es war damit möglich, eine Verringerung der vorgesehenen Inanspruchnahme von Sparkassenkrediten von präliminierten S 53 auf S 32 Millionen zu erreichen. Eine sichere, vorsichtige Einschätzung der voraussichtlichen Steuereinnahmen und eine entgegen den Prophezeiungen bessere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich sind daran "schuld", und es gereicht der Gemeinde sicher nicht zum Nachteil, sondern wirtschaftlich nur zu ihrem Vorteil und ich glaube, wir nehmen alle eine Entwicklung zum

wirtschaftlich Besseren gerne hin.

Ich glaube, damit einiges aus der Werkstatt des kommunalen Rechnungswesens gesagt und auch einige Motive zur Budgeterstellung berührt zu haben. Vom Horizont der Zukunft her werden ständig, wenn uns auch schon vertraute, Probleme neu an uns herangetragen, in neuer Problematik und in neuen Größenordnungen. Eines dieser Probleme kommt in geänderten Umweltbedingungen auf uns zu.

Große publizistische Aktualität besitzt seit geraumer Zeit das Problem des Schutzes der Umwelt vor den Emissionen, die gerade durch die moderne Verhaltensweise der Menschen zu einer großen Gefahr für den Menschen selbst geworden sind und deren Behebung - wie selbstverständlich - von der öffentlichen Hand verlangt wird. Umweltschutz wird von der Seite des Verlangens ganz groß geschrieben. Anlässlich der Veranstaltung der Gemeinde zum Nationalfeiertag hörten wir, durch beachtliche Dramatik ausgezeichnet, ein Referat von Primarius Hofrat Dr. Mandl, aus dem wir nicht nur den gegenwärtigen Standort der Umweltschutzgefährdung entnehmen konnten, sondern darin wurden uns prägnant die Aufgaben auf diesem Sektor in der Zukunft vor Augen geführt. Aspekte, wie die Welt, in der wir leben, aussehen wird, wenn wir so wie zum Teil in der Vergangenheit in den Tag hinein leben, mit dem möglichen Fall eines tödlichen Ausganges unseres Handelns, aber auch, was wir tun müssen, wie wir unsere Lebensweise ändern müssen und welche Anstrengungen wir machen müssen, wenn wir unsere Städte und unsere Landschaft, ohne auf technischen Komfort verzichten zu müssen, zum gesunden Lebensraum gestalten wollen, in dem auch das Leben der Menschen noch lebenswert sein soll. Es ist dies ein wesentlicher Bestandteil des Forderungskataloges der Bürger an ihre Gemeinde. Selbstver-

ständig nimmt diese Post im Haushaltsvoranschlag einen beachtlichen Platz ein. Vergleicht man aber gerade auf dem Sektor der Abwasserbeseitigung den für eine gut funktionierende Anlage notwendigen Kostenaufwand mit den vorhandenen Mitteln, so müssen wir noch viel Geduld aufbringen bis zur vollständigen Erfüllung dieser Forderungen.

Das Abwasserbeseitigungsprojekt, das gegenwärtig von der Stadt in Auftrag gegeben ist - in Teilen schon in Arbeit, in Teilen uns schon abgeliefert - und zum Teil noch in Projektierung befindlich - wird eine Summe von rund S 350 - 400 Mill. erfordern.

Es wird kaum möglich sein, höhere jährliche Ansatzposten als bis zu S 10 Mill. im außerordentlichen Haushalt dieser Sparte zur Verfügung zu stellen.

Zur 1.000-Jahr-Feier der Stadt wird dann knappe ein Viertel dieses Projektes erfüllt sein können, wobei ich schon auch bei der Beratung des Nachtragsvoranschlages 1971 festgestellt habe, daß gegenwärtig uns auch die Ausführung dieser Projekte vor große arbeitstechnische Probleme und Schwierigkeiten stellt, die wir, glaube ich, mit noch größerer Aufmerksamkeit seitens der Bauaufsicht des Bauamtes und unserer eigenen begegnen werden müssen.

Das Kapitel Wirtschaftsförderung ist nicht nur, um einen anderen Zweig zu streifen, symbolisch mit der Einnahmenseite eines Gemeindehaushaltes verbunden. Eine Gemeinde soll und muß wirtschaftsfördernde Maßnahmen suchen und diese auch setzen. Auf der kommunalen Wunschliste fast aller Gemeinden steht die Ansiedlung neuer Betriebe. Oft werden zumeist aus dem Ausland Betriebsgründungen durch besondere "Zuckerl" angelockt, und manchmal stellt sich nachträglich heraus, daß die Anbote seitens der Ge-

meinde eine Fehlinvestition waren. Auch wir haben uns in dieser Richtung bemüht und gemeinsam mit dem Arbeitsamt die Fangarme nach solchen Betrieben ausgestreckt. Wir sollen auch nicht ungerecht sein und hier generalisieren. Mit dem Betrieb der Telefunken in einem von uns gekauften und zur Verfügung gestellten Hotel - im Hotel Münchenholz - haben wir beste Erfahrungen gemacht. Aber ich glaube, daß ein anderer von uns eingeschlagener Weg der Wirtschaftsförderung, nämlich expansionswilligen und expansionsfähigen in unserer Stadt befindlichen Betrieben, die bisher durch den Standort beengt waren, neue Ausdehnungsmöglichkeiten zu schaffen, ein recht erfolgreicher und zielführender Weg gewesen ist. Als gutes Beispiel dafür möge die Besiedlung der Posthofgründe gelten.

Wenn auch, wie ich eingangs schon gesagt habe, vielleicht oft gegen die Maximen eines bürgerlichen Geschäftsmannes der Budgetrahmen nach den notwendigen Aufwendungen ausgerichtet werden muß, haben wir natürlich auch der Einnahmenseite unser Augenmerk zuzuwenden. Dabei mußten wir die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa, besonders in Deutschland, berücksichtigen und damit auch einkalkulieren, daß wir - das ist eine Prognose für das kommende Jahr - eine nicht mehr so rasche Entwicklung des Wirtschaftswachstums wie bisher erwarten können und damit auch eine geringere Steigerungserwartung auf der Steuereinnahmenseite unseres Voranschlags und eine vorsorgliche Abdeckung des Abganges durch Einsatz von Kreditmitteln berücksichtigen. Wenn auch in Zukunft einige Tarife oder Gebühren den allgemeinen Steigerungen angepaßt werden müssen, so kann von dieser Seite doch keine allzu fühlbare Belebung der Einnahmenseite erhofft werden. Es soll dabei lediglich verhindert werden, daß sich die Schere zu

weit auseinander bewegt.

1972 läuft der bisherige Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden terminlich aus. Das Jahr 1972 soll nach den übereinstimmenden Ansichten aller Finanzausgleichspartner den Abschluß eines neuen Finanzausgleiches bringen. Der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes hat in seiner Sitzung vom 10. 10. 1971 einen einhelligen Appell an das Parlament gerichtet. Darin fordert der Österreichische Städtebund unter Hinweis auf die verfassungsgesetzlich normierte Verantwortung des Bundes für die Wahrung der Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften neuerlich, daß die Benachteiligung der größeren Städte und Gemeinden, wie sie etwa für die Industriegemeinden im Finanzausgleichsgesetz 1967 festgelegt wurden, beseitigt werden. Steyr gehörte zu jenen Industriestädten, die zufolge ihrer wirtschaftlichen Struktur benachteiligt wurden.

Als vordringlich betrachtet der Österreichische Städtebund die Entlastung der Gemeinden im kommunalen Straßenbau, eine fühlbare Unterstützung bei der Errichtung von Pflichtschulen und besonders in der Frage der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung.

Ausreichende Dotierungen sind für die angeführten Zwecke vorzusehen. Durch die zu erwartende Einführung der Mehrwertsteuer ist auch den Gemeinden eine angemessene Beteiligung zu sichern. Es werden weiter in diesem Appell an die neu gewählte Volksvertretung die Probleme der Gesunderhaltung der Bevölkerung und des Umweltschutzes zitiert. In bezug auf ein modernes Bodenrecht, das eine grundsätzliche Voraussetzung für eine wünschenswerte städtebauliche Entwicklung darstellt, spricht sich der Städtebund für eine rasche Verabschiedung zeitgemäßer Bundesgesetze aus. Natürlich sind dabei auch die Probleme

me des Wohnungsbaues in bezug auf eine tragbare Finanzierung der Mietenbelastung angeführt.

Besondere Unterstützung - und dies ist auch für unsere Stadt ein besonderes Anliegen - soll der Förderung des Fremdenverkehrs zukommen.

Auch wir knüpfen an das Finanzausgleichsgesetz 1972 auf Grund dieses Forderungsappelles des Städtebundes Hoffnungen, entgegen bisheriger Erfahrungen eine bessere finanzielle Ausstattung zur Bewältigung unserer kommunalen Aufgaben vorzufinden. Aber auch Erklärungen unserer Landeshauptleute lassen uns erhoffen, auch von der Landesebene her fühlbare Erleichterungen für bisherige finanzielle Aufwendungen vorzufinden.

So haben auch Landeshauptmann Dr. Wenzl und Landeshauptmann-Stellvertreter Prof. Demuth als Gemeindeferent anlässlich von Tagungen der Landesgruppe des Städtebundes Zusagen gemacht, daß die Gemeinden bei der Entrichtung des Krankenanstaltenbeitrages, den Zuwendungen für das Zivilinvalidengesetz, teilweise entlastet werden. Es wurden aber auch Zusicherungen gegeben, daß ein Teil der Kosten für das Kindergartenpersonal vom Land aus übernommen wird. Und so konnte ich heute auch für die finanzielle Bewältigung unserer Aufgaben in Zukunft einige erfreuliche Aspekte einkalkulieren. Dazu gehört auch, daß die Volkszählung im heurigen Jahr uns eine Bevölkerungszunahme von 2281 Personen gebracht hat. Damit kann auch auf Grund der Berechnung der Zuteilung der gemeinschaftlichen Anteile an Bundessteuern mit einer Erhöhung von S 2,6 Mill. gerechnet werden.

Städtefreundliche Gesetze erwarten wir uns auch von der Bundesregierung, unter anderem aus der Übernahme der Kosten für die bisher von der Stadt geleisteten Schulbücheraktio-

nen.

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich wollte mit diesen einleitenden Worten auf einige Gegebenheiten hinweisen, die bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1972 maßgebend gewesen sind. Soweit meine Informationen ausreichen, wollte ich auch auf die künftige finanzielle Entwicklung unserer Gebarung hinweisen, auch von unseren Sorgen und Wünschen an die zu erwartenden Veränderungen kommender Finanzausgleiche sprechen. Das von uns festgestellte Ausmaß an kommunalen Leistungen für die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Belange unserer Bevölkerung müssen wir versuchen, unter allen Umständen zu halten.

Und nun möchte ich Sie ersuchen, den Ihnen zur Beratung und Beschlussfassung vorliegenden Haushaltsvoranschlag 1972, in folgendem Antrag gefaßt, Ihre Zustimmung zu geben. Er soll uns bei unserer Arbeit im kommenden Jahr das erforderliche Gerüst sein.

Der Finanz- und Rechtsausschuß und der Stadtsenat legen Ihnen folgenden Antrag vor:

1) Ha-3400/71

Antrag auf Feststellung des Voranschlages für das Jahr 1972. (BEILAGE A).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1972 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen u. Ausgaben ausgeglichen mit je S 151,561.800 der außerordentliche Haushalt ausgeglichen mit je S 60,990.000 festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als

eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 24,816.400 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 4,200.000, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen aus Ausgaben mit je S 868.000 ausgeglichen sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1971 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Ich bitte den Vorsitzenden, diesen Haushaltsvoranschlag zur Diskussion, Beratung und Beschlußfassung zu führen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke zunächst dem Herrn

Bürgermeister als Referent für seinen Bericht und seine Antragstellung. Beides steht nun zur Diskussion. Der Bericht selbst hat eine Reihe von Aspekten aufgezeigt, die den Gemeinderat bewegen.

Ich darf dazu als ersten Redner Herrn Stadtrat Kinzelhofer das Wort erteilen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Vor nicht allzu langer Zeit beunruhigte eine Verlautbarung des Studios Oberösterreich des Österreichischen Rundfunks eine Reihe von Zuhörern, darunter auch Gemeindefunktionäre in Steyr. Unsere Stadt wurde plötzlich mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von S 10.090,- zur fünfthöchsten verschuldeten Gemeinde Österreichs erklärt.

Gott sei Dank hat es sich um einen Irrtum gehandelt, dessen Aufklärung nur wenige Minuten in Anspruch genommen hat. Ein Druckfehler im Statistischen Jahrbuch österreichischer Städte, herausgegeben vom Statistischen Zentralamt, hat zu dieser Nachricht geführt. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt natürlich nur S 1.009,- und Steyr ist damit unter den 47 in diesem Jahrbuch behandelten österreichischen Städten die viertniedrigst verschuldete Stadt.

* Diesen kleinen Zwischenfall will ich zum Anlaß nehmen, als Sprecher der Mehrheitsfraktion in diesem Gemeinderat doch auch eine kurze Betrachtung zu unserem Budget abzugeben.

Wenn in dieser Rundfunkmeldung Steyr einmal als hoffnungslos verschuldet herausgestellt wurde, können wir feststellen, daß unsere Stadt durchaus finanziell auf solider Basis steht. Sicherlich haben wir vermieden, in der Vergangenheit uferlos Geldausgaben zu tätigen; Wünsche wurden zweifellos

genug an die Stadt herangetragen. Gerade hier im Gemeinderat haben wir uns stets mit allen Forderungen sehr kritisch auseinandergesetzt, was notwendig ist, was vertretbar erscheint und wie es am besten finanziert werden kann. Und ich glaube, im großen und ganzen sagen zu dürfen, daß wir hier doch stets die richtige Einstellung und Entscheidung gefunden haben. Sicherlich haben wir auf vielen Gebieten einen Nachholbedarf, aber das, was zu einer modernen Stadt unbedingt gehört, wurde trotzdem geschaffen. Steyr braucht durchaus nicht sein Licht hinter den Scheffel stellen. Und hier liegt vielleicht ein kleiner Vorwurf enthalten. Vielleicht waren wir in der Vergangenheit zu bescheiden mit unseren Leistungen und Erfolgen. Schlagwortartig hiezu einige Beispiele:

Unser Zentralaltersheim war Jahre hindurch Vorbild für ganz Österreich, und die älteren Mitglieder des Gemeinderates werden sich an die zahllosen Besucher erinnern, die damals diese Pioniertat eines "Städtischen Heimes für betagte Mitbürger" besichtigten und daraus Anregungen mit in ihre eigenen Gemeinden nahmen. Aber auch der zweite Schritt, den wir auf diesem Gebiet getan haben, unsere Pensionistenwohnungen sind so vorbildlich, daß jeder informierte Besucher begeistert von dieser Lösung ist. Landesrat Hartl als zuständiger Referent des Landes Oberösterreich hat uns dies spontan bei seinem Besuch bestätigt; auch Landesrat Fridl als Wohnungsreferent unterstützt diese Leistung der Stadt. Wir haben erst vor kurzem den Spatenstich für ein weiteres Pensionistenheim gemacht. Andere Gemeinden versuchen erst, hier zu einer Lösung zu kommen und machen damit schon Propaganda. Wir haben diese Einrichtung. Wir werden sie in der ganzen Stadt in den verschiedensten Teilen ausweiten und ausbilden.

Was für das Alter gilt, gilt auch für die Jugend. Unser Kindergarten-

wesen in seiner Dichte und Intensität ist schlechthin vorbildlich. Wenn wir auch öfters politische Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Gebühren im Gemeinderat hatten, über die Einrichtung unserer Kindergärten selbst hat es hier in diesem Gemeinderat nie Differenzen gegeben. Wir haben alle das gemacht, was wir glaubten, unserer heranwachsenden Jugend schuldig zu sein, und die Zahl unserer Kindergärten führt uns an die Spitze aller österreichischen Vergleichsstädte.

Für mich selbst als stadträtlicher Sportreferent ist es naturgemäß sehr angenehm, auch für den Sport in unserer Stadt eine stolze Bilanz zu ziehen. Das Stadtbad galt lange als eines der schönsten Österreichs. Nun haben wir es wieder in gemeinsamer verantwortungsbewußter Entscheidung dieses Gemeinderates durch ein Hallenbad mit Sauna ergänzt.

Wir haben eine Sporthalle adaptiert, die allen Anforderungen des Breiten- aber auch des Spitzensportes entspricht. Viele nationale und internationale Veranstaltungen wurden bereits in dieser Sportstätte durchgeführt. Die Benützung ist so dicht, daß wir oft Schwierigkeiten haben, Veranstaltungen unterzubringen, da die Anfrage so groß ist. Das bezeugt, daß wir einen Weg gegangen sind, der unserer sporttreibenden Bevölkerung gerecht wird.

Mit der Kunsteisbahn waren wir ebenfalls eine der ersten Städte außerhalb der Landeshauptstädte, die sich zu dieser Leistung entschlossen haben. Zuerst dachten wir nur an unsere Eisläufer und Eishockeyspieler. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Kreis der Benützer wesentlich größer geworden ist. Das Eisstockschießen ist in Steyr wahrlich zum Volkssport geworden.

Auf die Vielzahl unserer Sportplätze und Sporteinrichtungen möchte ich nur ganz allgemein verweisen und feststellen, daß, wenn auch noch nicht alle Wünsche erfüllt sind, auch hier

eine sehr schöne Bilanz gezogen werden kann.

Vielleicht, werte Damen und Herren, ist die Krönung dieses Werkes die Errichtung einer zentralen Sportanlage auf der Rennbahn. Ein wesentlicher Teil für die sporttreibende Bevölkerung unserer Stadt ist die großzügige Subventionsleistung der Gemeinde an unsere in Steyr bestehenden Sportvereine.

Über den Wohnungsbau in Steyr zu sprechen, ist im Gemeinderat mehrmals im Jahr Anlaß. Auch hier nur ein Beispiel: Die Verbauung der Resthofgründe, die wir mit großem Einsatz begonnen haben. Den Fortschritt konnten Sie bei der letzten Begehung selbst feststellen.

Unsere Schulen sind natürlich eine ständige Aufgabe für uns. Aber auch hier gibt es keinen Stillstand. Unser Pflichtschulwesen wird ständig ausgebaut, so bei der Otto-Glöckel-Schule auf der Ennsleite, wo derzeit ein neuer Klassentrakt und ein neuer Turnsaal im Bau sich befinden.

Unser Vorsorgen, bei der Bevölkerung keinen Mangel an Trinkwasser entstehen zu lassen, hat sich auch gerade in den letzten so überaus trockenen Monaten als zielführend erwiesen.

Auf einem anderen Sektor, der auch heute schon zur Sprache gekommen ist, sind wir mit Riesenschritten dabei, neue Gegebenheiten zu schaffen. Mit dem Bau der Hundsgabenumfahrung und der Beschlußfassung über den Bau der Schönauerbrücke haben wir einen Schritt getan, der nicht nur die Gemeindekasse mit mehr als S 80 Mill. belasten wird, sondern zukunftsweisend für die gesamte Stadtentwicklung sein wird. Mit der Hundsgabenumfahrung und dem Seifentruhenprojekt werden wieder wesentliche Teile unseres generellen Verkehrskonzeptes eine Verwirklichung finden.

Hier ist wohl auch der richtige Ort, festzustellen, daß wir in letzter

Zeit bei allen unseren Projekten und Vorhaben Unterstützung bei unseren übergeordneten Körperschaften gefunden haben. Dies gilt sowohl für das Land Oberösterreich, als auch für den Bund. Ich glaube, daß der Gemeinderat der Stadt Steyr und der Magistrat nie müde werden dürfen, Verständnis auf Landes- und Bundesebene für die schwierige Situation in Steyr zu erwecken. Es handelt sich hier wirklich um Aufgaben, die bei weitem unsere Finanzkraft übersteigen; aber die letzten Jahre haben bewiesen, daß es mit Nachdruck schon möglich ist, finanzielle und damit tatsächliche Hilfe zu erhalten. Wenn auch unsere Pro-Kopfverschuldung sich noch durchaus im Rahmen hält, haben wir wahrlich keinen Grund mehr, uns nicht in die Reihen der Bittsteller einzuordnen. Daß dies auch nicht ohne Erfolg ist, beweisen die erhöhten Zuwendungen und Subventionen, aber auch die Berücksichtigung bei reinen Bundes- und Landesvorhaben in der letzten Zeit. Ich bin auch überzeugt, werte Damen und Herren, daß der gesamte Gemeinderat mit seinen Fraktionen hier jederzeit bereit ist, geschlossen die Interessen der Stadt Steyr bei Bund und Land zu vertreten.

Unser Schuldenstand, der mit Ende dieses Jahres rund S 38 Mill. ausmachen wird, muß sich zwangsläufig in den nächsten Jahren sehr nachteilig verändern, wenn ich nur an die Realisierung der Hundsgabenumfahrung allein denke. Hier muß es einfach möglich sein, materielle Unterstützung zu finden. Es hätte aber wenig Zweck, wenn wir uns nur auf die Hilfe von außen, oder, wenn ich an Land und Bund denke, von oben verlassen würden.

Wir müssen aber auch alles unternehmen, um die Verwaltung der Stadtgemeinde Steyr zweckmäßig und sparsam zu halten. Auch hier hilft mir das Statistische Jahrbuch, denn ich kann feststellen, daß unser Personal-

stand im Vergleich zu anderen Städten als überaus günstig anzusehen ist. Dies gilt auch für den Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget. Trotzdem muß noch jede Rationalisierungsmöglichkeit ergriffen werden. Der Anschluß der Verwaltung an das Interkommunale Rechenzentrum in Linz macht bereits Fortschritte und dürfte mit Jahresende das gesamte Personalstandswesen umfassen. Weitere Zweige der Verwaltung werden folgen. Ich bin überzeugt, daß hier ein echter Rationalisierungseffekt im Wege einer größeren Zusammenarbeit, nämlich zwischen den Städten Linz, Wels und Steyr mit einer gemeinsamen EDV-Anlage gefunden werden kann.

Ein weiteres Beispiel aus einem ganz anderen Sektor ist unser Bemühen bei den Städtischen Verkehrsbetrieben. Sie wissen, daß wir grundsätzlich die Meinung vertreten, daß alle Jahre ein neuer Autobus angeschafft werden soll, der es ermöglicht, auf den Einmannbetrieb umzusteigen und damit Personalkosten zu ersparen. Wir haben zur Zeit noch 3 Autobusse, wo Schaffner tätig sind. Mit Ankauf der Autobusse wird es möglich sein, Kosten zu sparen. Es werden auch im Zusammenhang mit einer Fahrkartenregelung Überprüfungen durchgeführt. Mit der Bebauung der Resthofgründe wird es nötig sein, die Linie des Verkehrsbetriebes auch auf dieses Gebiet auszuweiten.

Sicher ist das vorliegende Budget, welches das höchste in der Geschichte der Stadt Steyr ist, verlockend, sich über die einzelnen Probleme der Gemeindearbeit zu verbreiten. Meine Aufgabe als Fraktionsvorsitzender ist es jedoch, das Budget im Ganzen zu beleuchten und die Zusammenhänge mit der kommunalen Entwicklung aufzuzeigen.

Die sozialistische Mehrheitsfraktion ist überzeugt, daß mit dem vorliegenden Budgetentwurf das in der

Vergangenheit Geschaffene erhalten werden kann, daß aber auch damit der weitere Weg in die Zukunft für die alte Eisenstadt Steyr sichergestellt ist. Mit der Hilfe der einzelnen Voranschlagsposten wird es möglich sein, vielen Wünschen unserer Bevölkerung gerecht zu werden. Aber auch die Wirtschaft wird durch die Aufträge der Stadtverwaltung die entsprechenden Impulse erhalten. Dieses Budget wird wesentlich für die Vollbeschäftigung im Baugewerbe und bei den verschiedenen Handwerkern vorsorgen. Was ich jedoch noch sehr hervorheben möchte ist der Umstand, daß der Entwurf auf dem Boden der Tatsachen steht, sowohl was die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite betrifft. Wir sollen keine unangenehmen Überraschungen erleben, daher sind die vorsichtigen Ansätze bei den Einnahmen ohne weiteres vertretbar. Wir wollen aber auch keine Luftschlösser in den Raum stellen. Was im außerordentlichen Haushalt vermerkt ist, ist verwirklichtbar und daher ist auch hier die Realität gewahrt.

Im übrigen liegt es in der Hand dieses Gemeinderates, im Laufe des kommenden Budgetjahres noch jene Korrekturen vorzunehmen, deren Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit heute noch nicht erkennbar sind. Gerade dieser Umstand sollte uns aber veranlassen, im Ablauf des Finanzjahres die Budgetabwicklung stets kritisch zu prüfen und den Voranschlag auch zugleich als eine Art Arbeitsprogramm des Gemeinderates zu betrachten.

Ich kann daher im Namen meiner Fraktion die Erklärung abgeben, daß die sozialistischen Gemeinderäte dem vom Finanzreferenten Bürgermeister Fellingner vorgelegten Budgetvorschlag die Zustimmung geben. Ich bin überzeugt, daß auch die anderen Gemeinderatsfraktionen nach Prüfung der Ansätze zur gleichen Entscheidung kommen, damit wir in gemeinsamem Zu-

semmenwirken die Arbeit im Jahre 1972 auf Grund dieser Richtlinien beginnen können, für unsere Bevölkerung und für unsere schöne Eisenstadt Steyr.

Am Schluß meiner Ausführungen möchte ich den Bediensteten dieses Hauses und in den Städtischen Unternehmungen danken für die Arbeit im heurigen Jahr und möchte Ihnen zum bevorstehenden Weihnachtsfest alles Schöne und Gute und für das Jahr 1972 viel Erfolg wünschen. Dieselben Wünsche gelten für die Damen und Herren des Gemeinderates!

Applaus!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Kinzelhofer für seinen Beitrag. Als nächster Sprecher Herr Kollege Petermair. Die weitere Reihung Herr Dr. Gärber, Frau Gemeinderat Kaltenbrunner und Gemeinderat Tremml.

Wenn weitere Beiträge gewünscht werden, bitte ich Sie, das bekannt zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Das vornehmste Recht des Gemeinderates ist die Beschlußfassung des jeweiligen Voranschlages.

Diese Worte sind nicht von mir, mit diesen Worten pflegt der Herr Magistratsdirektor seine Erläuterungen zum Voranschlag im Finanz- und Rechtsausschuß einzubegleiten. Wenn die Beschlußfassung des Voranschlages ein Recht des Gemeinderates ist, dann ist es auch ein Recht des Gemeinderates, hiezu Stellung zu nehmen, an diesem Voranschlag Kritik zu üben, eine positive, aber auch eine negative, hiezu aber auch Überlegungen anzustellen, was man besser machen kann

und was zu tun ist. Und so gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich im allgemeinen auch etwas zur Erstellung des Voranschlages sage:

Der Herr Bürgermeister hat in seinen einleitenden Worten zurückgegriffen auf den Nachtragsvoranschlag, den wir Anfang dieses Monats beschlossen haben. Auch ich möchte das tun. Weil wir jedes Jahr beim Nachtragsvoranschlag feststellen müssen, daß der Haushaltsplan, den wir vor Weihnachten im Vorjahr beschlossen haben, im Dezember darauf, also heuer, kaum wiederzuerkennen ist, möchte ich mir bei dieser Budgetdebatte die Frage erlauben, ob es zweckmäßig ist, an dieser Praxis festzuhalten. Denn wie schaut die Praxis aus? Die Mehrheitspartei legt zum knappsten Termin, wenige Wochen vor der Beschlußfassung, ein fertiges Zahlenwerk vor, das sie nach ihrem Gutdünken zusammengestellt hat, ohne selbst berechnete kleinere Wünsche der anderen Parteien irgendwie zu berücksichtigen. Dann dürfen die Mandatäre bei der Budgetdebatte aus ihrer Wunschliste auspacken, natürlich kann das aber dann nur Gerede sein, denn die Realität des Zahlenwerkes ist ja bereits fixiert. Blicke wenigstens dieses Zahlenwerk Realität, könnte man noch sagen, gut, die Mehrheit hat hier ihre Vorstellungen und wird sie so durchführen. Im Laufe des Jahres stellt sich aber dann heraus, daß man hier nicht einmal imstande ist oder war, auf Jahresfrist verbindlich zu planen. Die Einnahmenschätzungen stellen sich als Hausnummern heraus, vorher als dringlich bezeichnete Vorhaben werden liegen gelassen, der beschlossene Ausgabenrahmen wird nicht erfüllt. Wir müssen feststellen, daß die Einnahmenschätzung für 1972 von 151,561.800,- Schilling übervorsichtig und meines Erachtens unrealistisch ist. Die Reineinnahmen betragen für 1971 laut Nachtragsvoranschlag für 1971 bereits

S 150, 363, 500, -. Der Bundeshaushalt erwartet für 1972 um etwa 10 % höhere Einnahmen als für das laufende Haushaltsjahr. Die Steyr-Werke - ein Begriff für Steyr - erwarten für 1972 eine Umsatzsteigerung von 5,6 auf über 6 Milliarden Schilling. Jeder von uns weiß, daß der Bundeshaushalt und die Umsatzerwartungen der Steyr-Werke die verlässlichsten Komponenten für die Schätzung der Einnahmenerwartungen unserer Stadt darstellen. Wenn man noch die großen Preissteigerungen von durchschnittlich 5 % pro Jahr mit dem Progressionseffekt bei der Lohn- und Einkommensteuer ins Kalkül zieht, so müssen wir sagen, daß wir bei vorsichtiger Schätzung Mindesteinnahmen von 160 Millionen Schilling für 1972 erwarten können. Wir werden die Mehrheitsfraktion Ende 1972 an unsere realistischere Prognose erinnern.

Entweder, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, sieht die Mehrheitsfraktion zu pessimistisch in die Zukunft oder sie unterschätzt bewußt die Einnahmeerwartungen unserer Stadt für das Jahr 1972.

Beim Bund ist der Haushaltsvoranschlag Gesetz, weil man dort eben der Ansicht ist, was man beschließt und als dringlich erkennt, soll auch durchgeführt werden. Mit Fug und Recht kann man doch dieselbe Forderung auch für einen Stadthaushalt wie den von Steyr erheben. Natürlich muß man sich bei der Erstellung eines Haushaltes nicht besonders anstrengen, wenn man weiß, es handelt sich sowieso nur um einen großen Rahmen, den man dann im Verlaufe des Jahres nach Gutdünken ändern kann. Dieses Herumbasteln am Stadthaushalt im Verlaufe eines Jahres ist meines Erachtens aber nur ein Symptom für eine Krankheit, die sich bereits in mehreren Bereichen unseres Kommunalwesens zeigt. Wir haben beispielsweise keine mittelfristigen Planungen - die Mehrheitspartei hat, trotz wiederholter Auffor-

derungen unserer Fraktion, bisher keine Prioritäten festgelegt. Daher das Übel, daß erst mit Detailplanungen begonnen werden muß, wenn schon der Bau oder das Bauvorhaben fällig wäre. Ergibt sich bei einem beschlossenen und als dringlich erkannten Projekt ein Engpaß, kann man anderswo inzwischen die Mittel einsetzen, wenn man weiß, was Vorrang hat und was notwendig ist.

Ich appelliere daher an die Mehrheitsfraktion in diesem Hause, in Zusammenarbeit mit allen anderen in diesem Gemeinderat vertretenen Fraktionen sofort mit der Erstellung eines mittelfristigen und auch verbindlichen Planungskonzeptes zu beginnen. Dazu sind meines Erachtens nach Gutachten von Fachleuten einzuholen. Dazu ist aber auch ein umfassendes Studium der Flächenwidmung in dieser Stadt notwendig. Wir müssen uns endlich dazu durchringen, rechtskräftige Flächenwidmungspläne, die auf dem neuesten Stand sind, vorzulegen, damit jeder, der in dieser Stadt etwas plant, auch weiß, ob und wo er was bauen kann. Mir ist natürlich klar, daß ich mit dieser Forderung auch ein personelles Problem berühre. Denn exakte verbindliche Planungen erfordern den Einsatz bester Kräfte. Und im Kern geht es hier um eine bessere personelle Dotierung des Bauamtes. Ich weiß, meine Damen und Herren, welche Sorgen auf der einen Seite die zunehmende Belastung des Budgets durch steigende Personalkosten erwachsen, ebenso drückend ist aber auch jene Sorge im Hinblick auf die im argen liegende Stadtplanung. Ich bin der Ansicht, daß man das Bauamt als wichtigste Koordinierungsstelle für die Planung und die Verwirklichung kommunaler Vorhaben personell so aufstocken muß, daß es die Aufgaben für diese Stadt voll erfüllen kann. Ich behaupte sogar, daß wir den Mehraufwand für Personal durch den Effekt besserer Planung und

Koordinierung mit Zinsen hereinbringen werden.

Jede Stadtplanung muß von der Kurzfristigkeit der Entscheidung getragen sein, gleichzeitig aber auch beinhalten, daß sie die Gemeinschaft betrifft. So muß auch die Gemeinschaft zur Mitgestaltung und zur Befassung aufgerufen werden. Die im Voranschlag vorgesehenen S 300.000,- sind meines Erachtens dafür zu wenig. Ich weiß nicht, ob ich aus der Schule plaudere, wenn ich mir die Bemerkung erlaube, daß in einem Vorentwurf, den ich zu Gesicht bekommen habe, ein Betrag von S 400.000,- dafür ausersehen war. Haben hier die Beamten den höheren Betrag angesetzt und die Funktionäre diesen dann gekürzt?

Viele Ideen und Pläne ergeben noch lange keinen Plan, keinen realisierbaren Plan. Es wird aber darauf ankommen, mit den Realitäten zu leben, die nicht allein vom guten Willen, sondern von Tatkraft und viel Einsicht abhängig sind.

Wir haben uns heuer erlaubt, der Mehrheitsfraktion einige Wünsche zum Voranschlag 1972 zu überreichen, nachdem uns der Termin für ihre Fraktionstagung bekanntgegeben worden ist. Ich darf diese - so glaube ich - wohl auch nunmehr dem gesamten Gemeinderat zur Kenntnis bringen:

1. Errichtung von Kinderspielplätzen auf dem Tabor, auf der Ennsleite, im Schlüsselhofsiedlungsgebiet und im Stadtteil Münichholz.

2. WC-Anlagen im Stadtbereich, im Bereich des Friedhofes Tabor und in Münichholz. Da glauben wir, daß endlich einmal zur Tat geschritten werden soll und nicht immer nur davon die Rede sein soll. Die S 300.000,-, die heuer schon eingesetzt waren und auch im kommenden Jahr eingesetzt sind, sollen endlich diesem Anliegen zugeführt werden.

3. Sanierung der bestehenden WC-Anlagen. Hier denken wir vor allem an das bei der Dominikanerkirche, das ja nicht als eine besondere Budgetpost

anzusehen ist, sondern aus dem Gebäudeerhaltungsfonds bzw. aus dem Betrag für Gebäudeerhaltung saniert werden könnte.

4. Im Hinblick auf den Umweltschutz:

a) beschleunigte Errichtung von Kläranlagen im Zuge der Stadtkanalisation,
b) Sanierung der Abfallbeseitigung, z. B. Projektierung einer Müllverbrennungsanlage,

c) Planung für die Neuerrichtung eines Krematoriums außerhalb des bebauten Gebietes, nachdem man immer Beschwerden darüber hört, daß es noch nicht so ist wie es sein soll.

5. Ankauf eines Grundstückes für die Handelsakademie. Darüber sprechen wir auch schon jahrelang, aber es geschieht nichts. Auch hier sollen wir endlich zu Taten schreiten. Wenn wir beispielsweise andere Städte und Gemeinden betrachten, die sind viel zügiger bereit, für höhere Schulen etwas zu leisten. Bei uns wird es immer wieder vertagt.

6. Förderungsbeitrag auch für die Turn- und Sportunion.

7. Ausbau des Brucknerplatzes. Hier, meine Damen und Herren, müßte ich aus der Schule plaudern, denn in einem Entwurf wurde mir zur Kenntnis gebracht, daß dieser Betrag von S 100.000,- gestrichen war und scheinbar auf unseren Wunsch hin ist er wieder im Budgetentwurf enthalten.

8. Planungsrate für eine Verkehrslösung von Zwischenbrücken und schließlich, was auch keine besondere Ausgabenpost betrifft,

9. Sanierung der bestehenden Brunnen mit denkmalpflegerischem Wert.

Als besonderes Anliegen möchte ich den Schutz der bestehenden und die Schaffung neuer Erholungsflächen herausstellen. Hüten wir uns, die Parkanlagen weiter zu dezimieren. Bei steigender Umweltverschmutzung brauchen wir die grünen Lungen. Mit der Verhüttelung des Schloßparks muß nun endgültig Schluß sein. Schon heute muß sich die Rathausverwaltung mit Recht den Vorwurf gefallen lassen,

daß sie als Naturschutzbehörde erster Instanz beide Augen zudrückt, wenn die Mehrheitspartei ihre Wünsche durchsetzen will. Ja, wir brauchen Parkraum, aber nicht auf Kosten von Grünflächen und - wir sind wieder bei der Planung - es ist eben höchste Zeit, daß man nun Konzepte vorlegt, wo man Tiefgaragen anlegt, daß man am Rande des Stadtzentrums nicht alle Grundstücke verpflastert, sondern Parkraum vorsieht.

Besonders möchte ich aber im Zusammenhang mit den Erholungsflächen auf die Kinderspielplätze hinweisen. Auf diesem Sektor haben wir den größten Nachholbedarf. Ein Beispiel mag für viele gelten - auf der Ennsleite hat die Gemeinde drei Hochhäuser mit Wohnungen für 110 Familien gebaut, aber nicht eine Sandkiste hat man für die Kinder angelegt. Nicht anders ist es bestellt am Tabor, in Münichholz und im Schlüsselhof. Auch hier sind S 300.000,- zu wenig!

Nun, da es sich beim vorliegenden Voranschlag für das Jahr 1972 ja doch wiederum nur um ein Zahlenwerk handelt, können wir heute wohl nichts mehr daran ändern. In einem Jahr aber, beim sogenannten Nachtragsvoranschlag werden wir ja wieder mehr sehen - wie real die Ziffern waren.

So glaube ich, daß die Budgetsitzung dafür prädestiniert ist, Gedanken über manches grundsätzliche auszusagen.

Ich glaube, im Mittelpunkt der Kommunalpolitik soll und muß der Mensch stehen. Die Gemeinde ist doch der unmittelbare Lebensraum des Einzelnen. Auf dessen Gestaltung, in dem sich die persönliche, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung vollzieht, sollen die Bürger daher direkten Einfluß nehmen können. Daher eine Verlebendigung der Demokratie auf Gemeindeebene. Entscheidungen der Verwaltung, die die Gemeinschaft betreffen, sollen nicht anonym, sondern

nur unter voller Information der Bevölkerung getroffen werden, um deren Mitwirkung zu ermöglichen. Eine moderne Kommunalverwaltung muß vom modernen Management lernen, ihre Ziele klar zu formulieren, sie zur Diskussion zu stellen und sie mit sparsamsten Mitteln zu verwirklichen versuchen.

Im Rahmen der Gemeindeverwaltung soll der Anspruch der Bürger auf eine gesunde Umwelt, auf gesundes und familiengerechtes Wohnen, auf Vorsorge für jung und alt gewährleistet sein. Private Einrichtungen und Initiativen sollen daher entsprechend gefördert werden.

Meine Damen und Herren, in meiner Budgetrede Dezember 1967, also für den Voranschlag 1968, hat meine Fraktion die Anregung vorgebracht, Altenklubs zu schaffen. Mit einem ironischen Lächeln wurde damals dieser Vorschlag zur Kenntnis genommen. Wir vermerken es daher heute positiv, daß dieser Vorschlag - gut Ding braucht eben Weile - verwirklicht worden ist. Es heißt zwar nicht Altenklubs sondern Seniorenklubs, aber darauf kommt es nicht an.

Wir begrüßen es, daß die Seniorenklubs im Rahmen der Volkshochschule ihre Tätigkeit aufnehmen. Ob S 50.000,- dafür genug sind?

Wäre es nicht einer Überlegung wert, so wie bei den Bundesbahnen eine Seniorenkarte für den Obusverkehr in Steyr einzurichten?

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WALTER MOSER:

Nulltarif ist besser!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Sie können das machen, Sie haben ja die Mehrheit!

Kommunalpolitik ist aber auch Gesellschaftspolitik. Das Leitbild der Gemeinde muß mit Hilfe moderner

wissenschaftlicher Erkenntnisse die organisatorischen, funktionellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um die Erwartungen des Bürgers auf kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu erfüllen. Eine Kommunalpolitik soll den Bürger nicht bevormunden, sondern soll ihm Daseinsvorsorge und Chancen bieten.

Zum Umweltschutz einige Worte: Die Schönheit der Umwelt bestimmt über das Wohlbefinden der Menschen. Die Möglichkeiten zu schöpferischer Eigenaktion, zur Begegnung mit der Kunst muß von eben dieser Umwelt geboten werden. Daher kann Umweltpolitik nicht nur die Gefahren, sondern auch die positive Entwicklung umfassen.

Der Umweltschutz ist tatsächlich in letzter Zeit ein Modewort geworden, wobei wir nicht in den Fehler verfallen sollen zu meinen, daß erst heute der Umweltschutz als Notwendigkeit aufgetreten ist. Der Umweltschutz war schon in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer eine Notwendigkeit, nur erkennen wir dies heute besonders, weil wir wissen, daß die Umweltverschmutzung ein solches Ausmaß angenommen hat, daß sie jeder Einzelne als eine Existenzgefährdung empfindet. Nun möchte ich noch zu einem weiteren Problem einiges sagen: dem Fremdenverkehr und damit verbunden die Erhaltung unseres historischen Stadtbildes und der Erholungsflächen. Wir haben schon vor Jahren hier gesagt, daß eine Aufwärtsentwicklung des als notwendig für Steyr erkannten Fremdenverkehrs nur durch ein entsprechendes Bettenangebot, das heißt konkret durch einen Hotelneubau möglich sein wird. Bürgermeister Fellingner hat selbst einmal in einer Budgetdebatte betont, daß ein moderner Hotelneubau zur Infrastruktur einer Stadt gehört. Wir sind aber beim Hotelneubau bisher um keinen Schritt

weiter gekommen. In Verhandlungen mit potenten Bewerbern für einen Hotelneubau ist man im Rathaus bisher zu wenig entschieden auf den Plan getreten. Interessenten beklagten sich über zu wenig Interesse und mangelnde Unterstützung durch die Gemeindeverwaltung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, - was ja völlig richtig ist - einen Hotelneubau als Erfordernis für die Infrastruktur dieser Stadt ansehen, dann müssen Sie auch wirklich alles unternehmen, daß wir hier weiterkommen. Wenn Sie bisher vielleicht deshalb gezögert haben, weil der Verein Arbeiterheim verlauten hat lassen, daß er auf dem Casino-Areal eventuell ein Hotel baut, dann ist es aber hoch an der Zeit, daß hier auf eine Entscheidung gedrängt wird. Wieviel Interesse die Mehrheitsfraktion an einem aufstrebenden Fremdenverkehr in unserer Stadt hat, wird daran zu messen sein, wie weit sich hier die sozialistische Partei mit Taten für das Zustandekommen eines Hotelneubaues engagiert.

Denn daß Steyr für den Fremdenverkehr prädestiniert ist, hat, so glaube ich, das positive Echo bewiesen, das wir bei der Image-Werbung für diese Stadt registriert haben. Denn Fremdenverkehrswerbung ist auch Gewerbeförderung und wenn wir uns beklagen, daß dort und da ein Geschäft oder Wirtshaus in Steyr zusperrt, so muß die öffentliche Hand verstärkt dazu beitragen, daß dem mit großen Schwierigkeiten kämpfenden Gewerbe auch in dieser Stadt neue Erwerbsquellen erschlossen werden. Weil wir alle doch unsere schöne Altstadt lieben, und wir alle stolz darauf sind, den Fremden eine so zauberhafte Architektur bieten zu können, möchte ich an den Gemeinderat appellieren, über die Fassadenaktion hinaus noch mehr für die Sanierung und Erhaltung der denkmalgeschützten Bauten zu tun. Auch hier stoßen wir wieder auf die schon

vorhin zitierte Notwendigkeit der zumindest mittelfristigen Planung. Wir brauchen eine genaue Bestandsaufnahme der Altstadt, ihres baulichen Zustandes, Sanierungsvorschläge und Finanzierungskonzepte. Daß so etwas möglich ist, hat man in Krems mit geradezu eindrucksvollem Erfolg bewiesen. Naturschutz und Denkmalschutz sind nicht nur Aktivposten für den Fremdenverkehr, sie sind auch lebendiger Bestandteil unseres Lebensraumes. Denn mit Kultur und Kunst sprechen wir das innerste Wesen unserer Gäste an. Dazu die Frage: Wie wäre es mit einer Eisen-Ausstellung in Steyr? In der Eisenstadt Steyr! Das menschliche Element im Fremdenverkehr zu pflegen, so glaube ich, ist das Schönste, das Befriedigendste, aber auch das Meistbedankte, das wir leisten können. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß das menschliche Bekenntnis zueinander das größte Kapitel ist, welches wir besitzen und einsetzen können.

Vielleicht auch diesmal ein Wort - worüber meine Fraktion noch nie etwas gesagt hat - zu den Städtischen Unternehmungen. Aufwand und Ertrag im Erfolgsplan ist ausgeglichen, ebenso im finanziellen Plan Erfordernis und Bedeckung. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Eine hohe Kapitalintensität der Versorgungsbetriebe bringt es mit sich, daß die fixen Kosten jeder Art während des laufenden Betriebes nur in sehr beschränktem Umfang beeinflussbar sind. Kostenpolitik ist daher meines Erachtens in kommunalen Betrieben zuerst Investitionspolitik. Der Anteil der öffentlichen Investitionen ist daher weitgehend eine Investition der Infrastruktur. Eine Tarifpolitik mag daher vielleicht neu überdacht werden. Ich meine, daß jede Tarifpolitik neben der Kostenseite auch eine sozialpolitische Komponente hat. Wasserversorgung, Bäder, Bestattung und auch Verkehrsbetriebe. Daher ist der sozialpoliti-

schen Komponente bei dieser Frage ein besonderes Augenmerk zu schenken.

Der Strukturwandel der modernen Gesellschaft wirkt sich auch auf die Verwaltungstätigkeit aus. Wir müssen von einer hoheitlich ausgerichteten Verwaltung zu einer Leistungsverwaltung kommen. Dies besonders im Bereich der kommunalwirtschaftlichen Einrichtungen.

Im großen Umfang sind kommunalwirtschaftliche Einrichtungen keine Wachstumsbetriebe, denn die Infrastruktur hat erst nach einer sehr langen Zeit gewisse Ansätze einer Rentabilität. Wir müssen daher im Bereich der Kommunalwirtschaft überlegen, daß nicht über den Umweg der Zentralverwaltungswirtschaft die Marktwirtschaft liquidiert, der materielle Wohlstand reglementiert und die Freiheit rationiert wird.

Nun, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch eine kleine Bemerkung am Rande zu machen. Ich habe im Vorjahr von einer gewissen Trägheit und einem Desinteresse gesprochen. Bezüglich Planung und Fremdenverkehr war schon vorhin die Rede. Aber ein kleines Mosaik der Trägheit ist wohl folgendes Beispiel: Es ist vielleicht sogar erheiternd, denn da wird am 1. Februar 1971 eine Rechnung dem Magistrat zur Bezahlung überreicht, die Erledigung erfolgte jedoch erst im Stadtsenat vom 18. November 1971. Das war nur ein minimaler Betrag, aber wie schaut es oft bei größeren Beträgen aus?

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Herr Kollege, das ist Menschenwerk!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Im Vorjahr habe ich auch einige Bemerkungen zur Handhabung unserer Geschäftsordnung vorgebracht. Dabei

wurde der Wunsch ausgesprochen, man möge diesen Fragenkomplex einer Überprüfung unterziehen. Geschehen ist aber nichts.

In einer Fraktionstagung der sozialistischen Mehrheitsfraktion wurde, wie wir hörten, ein Vortrag darüber gehalten. Meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, wäre es nicht sinnvoller gewesen, dies vor dem gesamten Gemeinderat zu tun? Wir sprechen immer von Information. Meine Bitte daher an die Mehrheitsfraktion: Sachliche Vorträge interessieren uns alle, geben Sie auch uns Gelegenheit, diese Art Vorträge zu hören.

Im Amtsblatt, das gestern mit Datum 20. Dezember erschienen ist, lesen wir eine kurze Notiz über die Errichtung eines Beschwerdebriefkastens. Hier darf ich nun die älteren Kollegen in diesem Hause daran erinnern, daß es in der vorigen Periode unser Kollege Stadtrat Schachinger war, der immer und immer wieder darauf hingewiesen hat, diese Einrichtung zu schaffen. Ich glaube, daß dies vielleicht im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Pressereferates steht, wobei auch hier die Öffentlichkeitsarbeit mehr bedacht werden soll. Nun frage ich, werden auch wir, die Minderheitsfraktion, darüber informiert werden, welche Wünsche und Beschwerden die Bevölkerung an die Gemeindeverwaltung heranzubringen hat? Wir wünschen das sehr, denn auch uns interessiert es, welche Wünsche und Beschwerden die Bevölkerung an die Gemeindeverwaltung heranbringt.

Nun lassen Sie mich aber zum Schluß kommen. Ich habe vorhin gesagt: Im Mittelpunkt der Kommunalpolitik steht der Mensch. Ob wir wollen oder nicht, das menschliche Leben ist eine unaufhörliche Beschäftigung mit der Zukunft. Seien wir uns nur darüber im klaren, daß für den Menschen nichts von Bedeutung ist, was nicht auf die Zukunft gerichtet ist.

Der Bürger will den Erfolg und keine parteipolitischen Krämpfe - ja wohl, Sie haben richtig gehört - Krämpfe, er will - das wollen wir doch alle auch - seine Stadt lebenswert, liebenswert und sehenswert wissen.

Vielfach hört man über Politik und Politiker abfällige Bemerkungen. Dazu meine Feststellung: Nicht die Politik verdirbt den Charakter, sondern nur verdorbene Charaktere verderben die Politik. Wer im öffentlichen Leben vor allem als Mandatar und Funktionär wirken will, muß zuerst beruflich verankert sein und nur der wird befähigt sein, für Ordnung und Sauberkeit einzutreten, der dies auch privat unter Beweis gestellt hat.

Große Leistungen können nur durch Einigkeit und Toleranz erzielt werden. Im Rathaus sollen die Sorgen und Wünsche der Gemeindebürger zu Worte kommen. Hier muß Recht und Gerechtigkeit oberster Grundsatz sein, hier muß der feste Wille, Fortschritt und Wohlstand für die kommende Generation gesichert werden. Ich glaube, daß wir künftig in der Kommunalpolitik überhaupt nur dann etwas leisten können, wenn wir über größere Zeiträume hinaus exakt planen und auf diesen Erkenntnissen verbindlich unsere Haushaltsvoranschläge erstellen.

Nun, meine Damen und Herren, die ÖVP-Fraktion gibt dem vorliegenden Voranschlag 1972 die Zustimmung. Wir behalten uns jedoch vor, bei späterer Behandlung von Vorhaben unsere eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen und darnach zu handeln.

Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeitern in diesem Hause für ihre Arbeit im abgelaufenen Jahr herzlich danken. Ich bitte den Herrn Magistratsdirektor, diesen Dank den Mitarbeitern zu übermitteln.

Nun darf ich wohl auch die Gelegenheit benützen, um Ihnen, Herr Bürgermeister, Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sowie

allen Bediensteten im eigenen Namen wie auch namens der ÖVP-Fraktion ein frohes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familien zu wünschen. Für das kommende Jahr 1972 alles Gute und Beste.

Applaus!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Als Nächster spricht Herr Gemeinderat Dr. Gärber.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe jedes Jahr ein Wort vorausgeschickt, um das Budget zu charakterisieren. Im Jahre 1968 das Wort das Budget ist krank, im Jahre 1969 das Budget ist siech, 1970 stellte ich fest, daß der Tiefstand überwunden ist, 1971 mußte ich sagen, das Budget bewegt sich aufwärts und für 1972 möchte ich die Charakteristik geben, es ist das Budget einer aufwärtsstrebenden Stadt. Ich finde, es ist das Ergebnis der verständnisvollen Zusammenarbeit des Gemeinderates, über die Fraktionsgrenzen hinweg und ich bin glücklich, daß ich in dieser Runde sitze, weil ich sehe, daß jeder, gleichgültig wohin sein Weg führen mag, nur eines im Auge hat, und zwar das Wohl unserer Stadt.

Das Budget 1972 ist der Ausdruck dessen, daß alle wirklich wirtschaftsfördernden Maßnahmen zum Tragen kommen. Es ist das vor allem die Stadterneuerung, die Durchführung einer modernen längst fälligen Verkehrs- und Stadtplanung, deren Baubeginn wir nun sehen. Wenn wir das Einzugsgebiet der Stadt betrachten, so sehen wir auch hier Fortschritte. Die provisorische Sanierung der Eisenbundesstraße im Ennstal ist sozusagen im Endstadium angelangt. Steyr ist seit zwei Tagen

Schnellzugsstation. Ich möchte nur auf die große Bedeutung hinweisen, die sich daraus für Steyr ergibt. Wir haben jetzt eine Verbindung von Linz über Steyr nach Graz, zu der Hauptstadt unseres und der Hauptstadt unseres benachbarten Bundeslandes, was sich sicherlich wirtschaftlich und fremdenverkehrsmäßig günstig auswirken wird. Weiters wissen Sie, daß Steyr deswegen Schnellzugsstation geworden ist, weil der Express Hamburg - Belgrad über Steyr geleitet wurde. Wir haben damit auch internationalen Anschluß gewonnen. Es ist höchste Zeit, daß Steyr diese Maßnahme ergriffen hat und ich bin allen jenen dankbar, die sich dafür eingesetzt haben und das Verständnis aufgebracht haben, Steyr an die Welt näher anzuschließen. Weiters können wir noch folgendes feststellen: Der Bau des Realgymnasiums ist im Rohbau fertig, das Berufsschulzentrum wächst aus dem Boden und eines, was wir noch am Schulsektor nachzuholen haben, ist wohl die Handelsakademie. Sie wissen, die Stadtgemeinde Steyr ist durch die Handelsakademie jährlich ungefähr mit einer Million belastet. Ich glaube, wir hätten früher schon daran denken sollen, den Bau zu verwirklichen, so wäre uns diese Million erhalten geblieben und wir hätten das anderen Zwecken zuführen können. Der wichtigste Punkt in unserer Aufwärtsbewegung ist wohl der Baubeginn der Hundsrabenumfahrung. Die Hundsrabenbrücke mit dem anschließenden Straßenstück ist bereits fertig und der Bau der eigentlichen Schönauerbrücke ist vergeben. Wie gesagt, es kann jeden Tag damit begonnen werden und es liegt nicht mehr in unserer Hand. Wir müssen nur mehr darauf schauen, daß die Termine eingehalten werden, damit diese Brücke termingemäß fertig wird. Es ist dies wohl das größte Bauvorhaben, das Steyr in den letzten Jahren gehabt hat. Ich möchte dazu bemerken, daß wir mit diesen S 10 Mill., die im Voranschlag

stehen, wahrscheinlich 1972 nicht das Auslangen finden und ich glaube, wir werden froh sein müssen, wenn wir aus den Einnahmen noch einen Überschuß für dieses Bauvorhaben bekommen. Meines Erachtens müßten wir bis 1972 mindestens mit einer Bausumme von S 20 Mill. rechnen, wenn die Brücke termingemäß fertig sein soll. Ich möchte noch bemerken, wenn wir die provisorische Schüttung der Abfahrtsrampe zur Dukartstraße haben, so glaube ich, wird sich mein Gedanke wieder erneuern, den ich in der Gemeinderatsitzung vom 14. September gebracht habe, nämlich die teilweise Führung in zwei Etagen. Sie werden selbst sehen, daß sich dort das Terrain dazu bietet und wenn der Beschluß auch anders gefaßt wurde, so wird vielleicht meine Idee doch noch zum Tragen kommen.

Der Baubeginn der Seifentruhenumfahrung ist bereits angelaufen und wird in den nächsten Monaten eine Entlastung und Umfahrung des Schnallentores möglich machen. Im Zuge dieser Maßnahmen wird es notwendig sein, diesen Einbahnverkehr in Steyrdorf im kommenden Jahr zur Durchführung zu bringen. Sie wissen, es betrifft Sieringer Straße - Mittlere Gasse - Wieserfeldplatz.

Für den Wieserfeldplatz wird eine besondere Planung notwendig sein, denn Sie sehen, wie es dort momentan aussieht. Das ist grauenhaft und ich glaube, es wird sich auch dort eine Lösung finden. Die einzige Lösung ist, daß man die Grünanlagen vor die Häuser setzt, als sogenannte Vorgärten und in die Mitte die Durchzugsstraße mit den angrenzenden Parkplätzen verlegt.

Die gut angelaufene Altstadtsanierung wäre dementsprechend weiter zu führen. Um einer drohenden Verflachung vorzubeugen möchte ich vorschlagen, daß das Kulturamt im Verein mit der Handelskammer den Geschäfts-

inhabern durch einen Vortrag über Portal- und Geschäftsrestaurierung in Altstädten an die Hand geht und mit Farbdias und entsprechenden wirtschaftlichen Erläuterungen den Erfolg einer solchen Tätigkeit vor Augen führt und sie von deren Nützlichkeit überzeugt.

Ein weiterer Punkt. Sie wissen, wir haben das alte Stadttheater noch in unserem Rahmen. Es wäre zu überprüfen, was mit diesem Stadttheater geschehen soll. Kann es einer sinnvollen, kulturellen Aufgabe dienen, vielleicht zur Beherbergung einer länger dauernden Ausstellung internationalen Formates. Ich habe seinerzeit den Gedanken der Eisenschmiedekunst-Ausstellung - er ist heute wieder aufgegriffen worden - erwähnt. Vielleicht wäre dort eine Möglichkeit, dies zu machen oder es soll gleich entschieden werden, daß dieses Theater dem Verfall preisgegeben werden muß. Es ist ein Kulturzentrum im Rahmen der inneren Stadt, über dessen Ausnutzung man sich Gedanken machen sollte.

Wenn ich bis jetzt Positives aufgezeigt habe, so kann ich nicht umhin, auch negative Seiten aufzuzeigen, also zu kritisieren. Sind Sie mir deshalb nicht böse, aber sie erwarten von mir ja nichts anderes.

Die Personalkosten haben bereits eine Höhe von 45 % erreicht. Es ist das leider ein sehr bedauerliches Kapitel und ich möchte erwähnen, daß die Stadt Wels heuer die Personalkosten auf 37,6 % des allgemeinen Haushaltes gekürzt hat. Wir erleben jedes Jahr eine lineare Erhöhung der Personalkosten um ungefähr 10 %. Das entspricht der laufenden Inflation, aber wir sehen, daß darin keine Reorganisation der modernen Zeit entsprechend vorhanden ist und ich glaube, daß die Einführung der Datenverarbeitung doch den Anlaß gibt, um in der Personalpolitik einen gründlichen Wandel zu vollziehen, sodaß wir hier sparsamer verwalten können.

Die Kosten der Liegenschaftsverwaltung mit S 2,4 Mill. scheinen mir etwas hoch zu sein. Eine Reorganisation der GWG habe ich schon wiederholt vorgeschlagen. Ich glaube, die Entflechtung des Personals aus der Hoheitsverwaltung wäre doch der günstigste Weg, um zu einer durchschaulichen Budgetgestaltung in beiden Gebieten zu kommen. Die GWG zahlt an den Magistrat Verwaltungskosten von S 900.000,-. Meines Erachtens decken diese nicht die Arbeit der Gemeindebeamten, die diese für die GWG machen. Die GWG hat einen Besitz von über S 400 Mill. und sie müßte doch endlich in der Lage sein, die Vorfinanzierung von sich aus zu übernehmen und nicht immer an der Kittelfalte des Magistrates hängen.

Das Ergebnis der Volkszählung 1971 wird wohl Veranlassung dazu sein, auf dem Wohnungssektor eine Grundlagenforschung zu betreiben, um eine gezielte Wohnbaupolitik zu starten. Als schönes Wohnviertel würde sich das Wehrgrabengebiet anbieten, das einer planmäßigen Sanierung unter Anschluß aller Beteiligten zugeführt werden könnte und keinen neuen Baugrund erfordern würde.

Ein sehr trauriges Kapitel, das ich schon einige Male angeführt habe, ist der erschreckend hohe, dauernd steigende Zuschußbedarf zum Altersheim. Sie wissen, daß er heuer bereits eine Höhe von S 4,7 Mill. erreicht hat. Wenn ich dazu die Amortisation des Baues rechne, so kommen wir auf einen Betrag von S 5,5 Mill. Um diese Zahl irgendwie objektiv zu beleuchten, habe ich mir die Mühe genommen, diese Posten mit denen eines anderen Altersheimes zu vergleichen, und zwar einem Altersheim, das aktiv budgetiert und sogar in seinen Einnahmen die Deckung der Amortisation des Baues hat. Ich möchte hier nur einige Zahlen anführen. In diesem Altersheim beträgt der Verpflegungskostensatz für einen

Pflegling im Jahr S 17.500,- oder monatlich S 1.466,- mit aktiver Gebahrung. In Steyr zahlt der Pflegling im Jahr S 21.500,- oder monatlich S 1.790,-. Das ist bereits um 22 % mehr als im vorangeführten Altersheim. Außerdem zahlt in Steyr die Gemeinde dazu noch, um das Defizit zu decken, für jeden Pflegling S 12.000,- im Jahr oder fast S 1.000,- im Monat. Der Pfinglingssatz beträgt nun für das Altersheim Steyr mit dem Betrag, den die Gemeinde dazu bezahlt, S 2.790,- pro Monat oder S 33.500,- im Jahr. Sie sehen, daß dieser Betrag von S 2.790,- für einen Pflegling - das sind die effektiven Kosten, die im Altersheim für einen Pflegling entstehen, sehr hoch sind. Ich glaube, hier müßte der Hebel angesetzt werden, um diese Kosten in ein erträgliches Maß zu führen. Denn wie Sie wissen, gibt es so und so viele Einwohner unserer Stadt, die keine S 2.790,- verdienen und zuhause leben und auskommen müssen und sich daneben auch noch etwas leisten. Ich glaube, hier müßte der Hebel angesetzt werden, um diese S 2.790,- herabzudrücken. Um das ganze etwas zu beleuchten, habe ich mir auch etwas anderes angesehen. Da mußte ich folgendes feststellen: der Personalaufwand im Steyrer Altersheim ist um mehr als dreimal so hoch als in einem anderen Altersheim. Die Kosten für Beheizung und Strom sind doppelt so hoch. Ich möchte nur eines anführen. Ich war am 19. November im Altersheim. Es war in den Zimmern eine schreckliche Hitze, es war unerträglich.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Kann man ja abdrehen!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ja, kann man. Es ist folgendes. Der Heizer kann abdrehen. Ich bin in

den Heizraum gegangen und habe mir das angesehen. Wir haben einen sogenannten Außenfühler, der die Temperatur regelt. Was war der Fall? Die Wassertemperatur, die in den Radiatoren umläuft, hatte eine Temperatur von 80 Grad bei einer Außentemperatur von 10 Grad. Meine Herren, hier ist eine Möglichkeit zu sparen? Es ist ganz einfach, wenn man diesen Hebel auf 40 ° stellt, so hat man genug geheizt und man hat eine mindestens 50 %ige Ölersparnis. Ich heize in meiner Ordination und in meinem Wohnhaus bis jetzt immer nur mit einer Wassertemperatur von 40 °.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Darum ist es so kalt!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich möchte auch noch bemerken, daß die Luft dadurch schlecht wird, wenn die Temperatur im Heizkörper auf über 60 Grad steigt, so ist sie trocken und ein Brutkasten für Bakterien. Wenn eine Epidemie ausbricht und das Altersheim steht unter einer derartigen Temperatur wie das bis jetzt der Fall war, so haben Sie sofort eine Epidemie im ganzen Heim. Sie sagen, jeder hat die Möglichkeit abzdrehen, das müssen Sie aber dem alten Menschen auch sagen. Er selbst tut es nicht. Viel einfacher ist es, wenn der Heizer den Hebel beim Mischventil einfach auf 40 ° stellt.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Herr Doktor, der alte Mensch empfindet es gerade warm genug, wenn wir schon sagen es ist unangenehm!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das ist aber nicht angenehm, sondern gesundheitsschädlich. Man muß

das den Leuten erklären. Ich erkläre es meinen Patienten und die tun es auch. Sie erreichen damit einen Zustand, der halbwegs erträglich ist. Sonst ist es furchtbar. Wenn man die Leute in den heißen Zimmern besucht, das ist nicht auszuhalten. Aber wie gesagt, das ist ein Punkt - wir sehen, daß die Beheizungskosten schon doppelt so hoch sind, wo man mit einfachen Mitteln einsparen kann. Man braucht eben nur das Ventil auf die entsprechende Temperatur zu stellen, die ganze Heizung wird damit geregelt. Die Reinigung, Instandhaltung, Einrichtung und Ersatzbeschaffung ist im Steyrer Altersheim ungefähr 50 % höher als dort. Die Amts- und Hauserfordernisse machen den doppelten Betrag aus. Was jeden betrifft, sind die Lebensmittel. Hier gleichen wir uns fast an, die Lebensmittel sind nur um 25 % höher. Warum geht es in diesem Punkt und bei allen anderen nicht? Wenn wir überall nur um 25 % höher wären, so wären wir gut daran. Ich meine diese Verschwendung, sei es an Heizmaterial usw., die muß irgendwie eingestellt werden. Da fließt bestimmt eine halbe bis eine Million hinein. Ganz unnützlich und schädlich für den Menschen.

Zum Kapitel Umweltschutz und Gewässerschutz. Es ist sehr bedauerlich, daß trotz vorhandener Gelder der Bau der Kanalisierung so schleppend vor sich geht und bereits S 10 Millionen in den letzten 2 Jahren nicht verbaut wurden. Die Neuprojektierung, die heuer noch fertig werden soll, wird wohl Veranlassung sein, sich schon jetzt um Firmen umzusehen, die die Gewähr geben, daß die im aoH vorgesehenen S 10 Mill. auch wirklich im Jahre 1972 verbaut werden und wir das Kanalisationsprojekt weiterbringen.

Eine ganz bescheidene Sache möchte ich wieder anschneiden, da sie noch immer nicht geschehen ist, das ist die Asphaltierung der Krakowizer-

straße. Das ist schon eine Stadtplage und ich möchte das noch einmal in Erinnerung bringen und hoffe doch, daß das im Jahre 1972 erledigt wird.

Noch etwas hat in der Bevölkerung sehr viel Staub aufgewirbelt. Weil es gerade zum Umweltschutz paßt möchte ich es erwähnen, und zwar das Kraftwerk in Molln. Sie alle wissen - wir waren ja alle dort und haben es angesehen - daß es doch eine gewisse Daseinsberechtigung hat und daß vom Naturschutz der Herr Konsulent, Hofrat Prof. Machura das begutachtet und es als gut befunden hat. Eines ist mir selbst aufgefallen und das habe ich bei dieser Besichtigung schon erwähnt, was mir nicht recht paßt, das ist das Herüberpumpen von Steyrwasser in das Ennstal oder umgekehrt das Herüberpumpen, weil das Steyrwasser dadurch versaut wird. Das Ennswasser hat nicht die Qualität wie das Steyrwasser.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Herüber kommt nichts, nur hinüber!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Wenn man das Wasser nicht hinüberpumpt, so geht der Steyr kein Wasser verloren. Ich weiß nicht, ob man etwas machen kann, aber man müßte diesen Stollen von Molln in das Ennstal verhindern. Ich glaube, da könnte man den Schützern des Steyrtales sagen, es ist so, daß der Steyr kein Tropfen Wasser entzogen wird, mit Ausnahme der Wasserleitungen, die abgezweigt werden, das ist aber nicht so ausschlaggebend. Das wäre vielleicht eine Kompromißlösung, die sich die Ennskraftwerke noch überlegen könnten, nachdem Herr Kollege Petermair schon hier ist. Es ist nur eine Meinung von mir aber ich glaube, es wäre, wenn man den Stollen nicht baut, für das

ganze Steyrtal und die ganze Umgebung besser. Wenn auch die Stromkosten dadurch um einige Groschen steigen, so muß eben die Bevölkerung für den Umweltschutz das aufbringen, daß sie die Stromkosten um die paar Groschen teurer bezahlt.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Wir bauen Kraftwerke, damit der Strom billiger wird!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das weiß ich. Aber wenn es auf Kosten der Umwelt geht, so muß man eben die paar Groschen dazuzahlen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Die werden in Kauf genommen!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das war nur nebenbei, denn es betrifft den Gemeinderat nicht selbst. Ich mußte das aber anschneiden, nachdem das in der Bevölkerung soviel Staub aufgewirbelt hat. Ich glaube, es war nur ein Gedanke ...

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Die Gemeinde will nichts bauen in Molln!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Aber die Zeitungen sind damit voll "Schützt den Steyrfluß"!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Auch umgekehrt!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Daher wollte ich doch eine kurze

Stellungnahme zu diesem Projekt geben. Mehr sollte es nicht sein.

Zum Schluß will ich noch folgendes sagen: Sie wissen, daß wir in den nächsten Jahren hohe finanzielle Anforderungen verkraften müssen und daher möchte ich vor allem an die Jungen den Appell richten, mit ihren Existenzbedürfnissen selbst fertig zu werden und nicht immer an die Öffentlichkeit heranzutreten und dies und jenes von ihr zu verlangen, sei es vom Land oder Bund, weil dort die Mittel sowieso gebunden sind. Ich möchte Sie bitten, einmal für die Existenzbedürfnisse mehr aufzubringen und die Luxusbedürfnisse zu bremsen und nicht das Geld in das Ausland zu bringen, sondern endlich in Steyr zu lassen.

Damit möchte ich meine Ausführungen beenden. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Damit ist der Beitrag abgeschlossen. Danke.

Als Nächste Frau Gemeinderat Kaltenbrunner!

GEMEINDERAT ANNA KALTENBRUNNER:

Sehr verehrtes Präsidium, werter Gemeinderat!

Vor einem Jahr war mein Budgetbeitrag ein ganz kurzes Referat über die Verantwortlichkeit der Gemeinde für unsere betagten Mitbürger. Heute kann ich zu meiner großen Freude feststellen, daß meine Worte nicht ungehört bleiben, da wir vor einigen Wochen durch die Eröffnung von zwei Seniorenklubs am Tabor und in Münichholz viele betagten Mitbürger glücklich machten.

Verehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat!

Nehmen Sie an dieser Stellé nochmals ein herzliches Danke schön entgegen, daß Sie es ermöglicht haben, den Seniorenklub ins Leben zu rufen.

Erlauben Sie mir, bitte, daß ich heute wieder von einem für unsere Stadt sehr wichtigen Punkt spreche, und zwar stelle ich mir als Gemeinderätin die Frage, was können wir als Gemeinde tun, um die Sozialberufe, die heute so wichtig sind, attraktiver zu gestalten? Ich glaube, die Ursache der Krise liegt darin, daß man dem Sozialarbeiter die Rolle eines schlecht bezahlten Beamten zuschiebt, die natürlich in weiterer Folge junge Menschen vielfach abhält, diese Berufslaufbahn zu ergreifen. Daß aber unsere Zeit mit ihren besonderen gesellschaftlichen Problemen den modernen Sozialarbeiter braucht, der aus einer richtigen Einschätzung der psychologischen und gesellschaftlichen Situation heraus imstande ist, seinen Mitbürgern in schwierigen Situationen beizustehen. Zur Ehre unserer Fürsorgerinnen muß gesagt werden, daß diese in unermüdlichen Selbststudium mit Unterstützung ihrer Berufsorganisation, der Gewerkschaften und Arbeitgeber, bestrebt sind, ihr Wissen so zu erweitern, daß sie den Anforderungen ihres schweren Berufes gewachsen sind.

Verehrter Gemeinderat! Ich glaube, wir sind uns alle bewußt, daß die Sozialarbeit von heute eine zeitgemäße Ausbildung verlangt. Eine moderne Sozialhilfe braucht zu ihrer Erfüllung hervorragend geschulte Fachkräfte. Die gegenwärtigen Lehreinrichtungen für Sozialberufe sind zumeist nur Landessache und erreichen nicht überall jenen Grad der Ausbildung, der notwendig ist, um den Fachkräften das für ihre Berufsausübung notwendige Wissen zu geben. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß unsere Frauenberufsschule ehestens vom Bund übernommen wird und zugleich eine höhere Lehranstalt für höhere Sozialberufe angeschlossen wird, im Interesse unserer Mitmenschen, die Hilfe brauchen, aber auch im Interesse der Sozialarbeiter, für den die beste Ausbildung gerade gut genug ist. Dort sollen die Probleme der Altenbetreu-

ung in den Lehrplänen mehr Raum finden. Darüberhinaus wäre es notwendig, einen neuen Beschäftigungstyp im Bereich der Sozialarbeit zu schaffen, nämlich den der Altenhelferin. Darunter sind speziell geschulte Sozialarbeiter mit geringerer Ausbildungszeit zu verstehen. Ihre Aufgabe wäre es, spezielle Dienste für unsere Mitbürger herbeizuführen, wie die heute so nötige Heimhilfe und Hauskrankenpflege, die den Familien in besonderen Notfällen, bei Erkrankung der Mütter von Kleinkindern oder bei Erkrankung von Kindern berufstätiger Mütter, beistehen sollen. Es gibt in einigen Städten bereits private und kommunale Einrichtungen, die ihre Hilfe in den erwähnten Fällen anbieten. Der Berufsstand der Altenhelferin und Heimhelferin müßte allerdings erst gebildet werden. Das österreichische Komitee für Sozialarbeit wird es zu seiner Aufgabe machen, solche Ausbildungsprogramme in Form von Kursen und Seminaren auszuarbeiten, um sie dann den Gemeinden anbieten zu können.

Verehrter Gemeinderat! Der Katalog für Sozialarbeit ist so groß und umfangreich. Ich bin aber überzeugt, daß wir durch gute Zusammenarbeit im Gemeinderat und in den Ausschüssen einiges, was unseren Mitbürgern sehr am Herzen liegt, erledigen können.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Applaus!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Frau Gemeinderat Kaltenbrunner.

Als Nächster Herr Gemeinderat Treml!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Herr Bürgermeister, meine Damen

und Herren des Gemeinderates!

Die Stadt Steyr zählte viele Jahre hindurch zu den reichsten Städten Österreichs. Das wurde heute schon vom Fraktionsführer der sozialistischen Partei hervorgehoben. Auch heute zählt Steyr zu jenen Städten in Österreich, die die wenigsten Schulden haben.

Aber auch unsere Stadt ist mit 38 Mill. Schilling verschuldet, das heißt, pro Kopf der Bevölkerung mit S 1.000,-. In einer Zeit der Hochkonjunktur, in der sogenannten "Blütezeit" der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Verschuldung der Gemeinde schreitet auch in der Zeit der SPÖ-Regierung weiter fort. Der Feststellung von Landeshauptmann - Stellvertreter Prof. Demuth, SPÖ-Landesobmann und Gemeindereferent der OÖ. Landesregierung, den Gemeinden müsse endlich größere finanzielle Hilfe gewährt werden, steht in Steyr die Tatsache gegenüber, daß im Jahre 1972 die drittgrößte Stadt Oberösterreichs zur Deckung des aOH Darlehen in der Höhe von rund S 53 Mill. aufnehmen muß. Infolge der Benachteiligung und Unterfinanzierung durch das Finanzausgleichsgesetz sowie der ständig steigenden Preise kommt es zur zunehmenden Verschuldung der Gemeinde. Der Ausbau der Infrastruktur, also all der Einrichtungen, die für das Funktionieren der modernen Wirtschaft notwendig sind, vom Kanalbau bis zur Wasserversorgung, vom Wohnungs- bis zum Schulbau und der Straßen- und Brückenbau sind es, die der Gemeinde die Übernahme immer größerer Lasten aufzwingt. So sind zum Beispiel im Voranschlag 1972

für den Wohnungsbau S 20 Millionen, für den Zubau der Ennsleitenschule S 5 Mill.,

für den Straßenbau S 20 Mill. und für Kanalbauten S 10 Mill. vorgesehen.

Durch die unzureichenden Mittel, die der Gemeinde von der Regierung

aus Steuereinnahmen zugeteilt werden, ist die Gemeinde in steigendem Maße auf teure Bankkredite angewiesen. Das Schuldenmachen ist zwar bei der vorherrschenden Geldentwertungsrates bis zu einem gewissen Grad kein Nachteil, beginnt aber mit einer bestimmten Höhe problematisch zu werden, weil durch die Höhe der jährlichen Tilgungs- und Zinsenlast, die Effektivität der aufgenommenen Darlehen stark gemindert wird.

Darüber hinaus führt die Aufnahme von Bankkrediten zu einem immer stärkeren Ansteigen der Gebühren und Tarife, wodurch die Bevölkerung die Schuldenpolitik, zu der die Gemeinde gezwungen ist, mitfinanzieren muß. Wir Kommunisten sind daher der Ansicht, daß es Aufgabe der Gemeindevertretung ist, sich weiter im Städtebund einzusetzen, damit das nächste Finanzausgleichsgesetz, das ab 1973 in Kraft tritt, zu Gunsten der Industriegemeinden abgeändert wird und den modernen Erfordernissen der Gemeinden entsprechen muß.

Vom zukünftigen Finanzausgleich müßte u. a. verlangt werden:

1. Erhöhung des Anteiles der Gemeinden an den wichtigsten Steuern und Abgaben. Berücksichtigung der Gemeinden bei der geplanten Mehrwertsteuer. Anteil vom Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer zur Bewältigung der Verkehrsaufgaben für die Gemeinden.
2. Zinsenzuschüsse des Bundes und der Länder für Investitionsdarlehen.
3. Der Bund müßte im stärkeren Ausmaß als bisher zum Bau von Pflichtschulen und deren Erhaltung beitragen.
4. Der Schlüssel zur Verteilung der einzelnen Abgaben ist derzeit zu kompliziert und unübersichtlich, er ist daher zu vereinfachen.
5. Die Garantieklauseln für die Gebietskörperschaften müßten ver-

stärkt werden, um einer einseitigen Abänderung des Finanzausgleichsgesetzes während der Geltungsdauer zum Schaden der Gemeinden vorzubeugen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Sicher wird man uns Kommunisten wieder vorwerfen, ihr habt leicht zu fordern, ihr tragt keine Verantwortung und kümmert euch nicht darum, woher das Geld genommen werden soll. Über eines glaube ich, sind wir uns aber trotz Meinungsverschiedenheiten einig, die Gemeinde bzw. die Gemeinden brauchen in Zukunft mehr finanzielle Mittel.

Woher sollte das Geld genommen werden? Meiner Meinung nach brauchen wir nicht recht viel suchen, woher wir es nehmen sollen, denn durch die Herstellung von "klaren Verhältnissen" am 10. Oktober müßte es möglich sein, die Vorschläge und Forderungen der Sozialisten, die in den letzten Jahren diesbezüglich gemacht wurden, in die Tat umzusetzen.

Ich darf daher einige in Erinnerung rufen, damit sie bei den Verhandlungen zum Finanzausgleichsgesetz ins Spiel gebracht werden können.

So erklärte Frau Minister Firnberg, damals Abgeordnete, am 26. Juni 1968 im Parlament: "Warum nicht Schluß mit den Steuerprivilegien - warum keine Novellierung der Wachstumsgesetze?", die übrigens Bundeskanzler Kreisky am 30. Oktober 1968 als "Hauptursache für das gigantische Budgetdefizit" bezeichnete, um nur einige gute Einnahmequellen aufzuzeigen.

Auch der heutige Minister Staribacher hat wiederholte Male die Beseitigung der Steuerprivilegien der Unternehmer gefordert, die damals im Jahre 1965 über 9 Milliarden ausmachten.

Erst kürzlich wurde festgestellt, daß die Unternehmer dem Staat über 4 Milliarden Schilling an Steuern schulden.

Ich darf noch eine Studie erwähnen, die in der letzten Nummer der Zeitung "Arbeit und Wirtschaft" veröffentlicht wurde - viele Gemeinderäte sind Bezieher und Leser dieser Zeitung - in der eindeutig aufgezeigt wird, woher die Mittel genommen werden müssen. Dort heißt es: "Erreichten die Gewinnsteuern 1961 das Zweidreiviertelfache der Lohnsteuer, so war das Verhältnis bis zum Jahre 1970 auf das Eineinhalbfache gesunken, 1970 brachte die Lohnsteuer allein mehr Einnahmen als Einkommen und Körperschaftssteuer zusammen."

Zum Abschluß meiner Feststellungen, von wo finanzielle Mittel hergenommen werden könnten, möchte ich das Wahl-Argument vom "Tagblatt" bringen, welches am 24. September 1971 erschienen ist. Es heißt dort: "Der Vermögenssteuerstatistik für das Jahr 1965 ist zu entnehmen, daß 1,6 % der Steuerpflichtigen mehr als 50 Prozent des österreichischen Gesamtvermögens, genau 2.688 Personen, die über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens verfügen. Seither aber haben die Konzentrationstendenzen weiter zugenommen und heute dürften noch weniger Personen noch mehr gehören, während sich fast 99 Prozent der Bevölkerung mit dem Rest begnügen müssen," wird im sozialistischen Tagblatt festgehalten.

Dies ist ein unfreiwilliges Eingeständnis, wohin und zu wessen Gunsten sich die "Sozialpartnerschaftspolitik" auswirkt. Die Großunternehmer und Kapitalisten in Österreich haben sich unter einer starken SPÖ ebenso gestärkt wie im Land des sogenannten "demokratischen Sozialismus" in Schweden. Geld wäre also in Österreich genug vorhanden, es bedarf nur einer Umverteilung.

Der Herr Bürgermeister als Finanzreferent und mit ihm seine Fachleute können sich noch so sehr bemühen, einen Ausweg zu suchen, wenn es

in Zukunft zu keiner grundlegenden Umverteilung zugunsten der Arbeiter und Angestellten, zugunsten der Gemeinden als den Hauptträger unseres Gemeinwesens kommt, wird es beim alten - bei der Fortsetzung der ÖVP-Finanzpolitik - bleiben.

Die Mehrheitsfraktion im Gemeinderat ist der gleichen Auffassung wie wir Kommunisten - zumindest laut der letzten Feststellung im Amtsblatt bzw. Tagblatt, daß im kommenden Jahr der Schwerpunkt der kommunalen Aufgaben auf dem Gebiet des Wohnungsbaues liegen muß. Nur widerspiegelt sich diese Auffassung nicht im Budget. Die Mittel, die für den Wohnbau eingesetzt sind, bleiben nämlich gleich wie im Vorjahr - S 10 Mill. Die gestiegenen Baukosten des letzten Jahres liegen zwischen 12 und 15 %, so daß der eingesetzte Betrag von S 10 Mill. effektiv einer Verringerung der Wohnbautätigkeit gleichkommt.

Ich erinnere an meine kritische Haltung zum Wohnungsbau, anlässlich der Behandlung des Rechnungsabschlusses 1970. Bei dieser Wohnbaufinanzierung und diesem Tempo wird von Jahr zu Jahr weniger gebaut und die akute Wohnungsnot in Steyr ist nicht beseitigt. Es stimmt auch nicht, wie immer zu bestimmten Anlässen behauptet wird, es werden ohnedies 150 Wohnungen durchschnittlich im Jahr gebaut. Im Jahre 1971 wurden nur 128 Wohnungen vergeben.

Dazu möchte ich erwähnen, weil ich mich daran erinnert habe, als ich die vorletzte Seite des Amtsblattes gelesen habe, an das große Geschenk anlässlich der 100-Jahr-Feier der Steyr-Werke, das besonders herausgestrichen wurde, daß auf Grund des Grundgeschenkes auf dem Areal Roseggerstraße - Wokralstraße - Glöcklstraße 232 Wohnungen errichtet werden konnten. Ich glaube, in diesem Kreis brauche ich mich nicht ausweiten darüber, denn die meisten Gemeinderäte wissen,

wie man das Geschenk einschätzt. Es fällt in die Zeit der Wohnungsvergabe, wo effektiv die Gemeinde in der Lage war, 128 Wohnungen im Jahre 1971 zu vergeben. Ich möchte mich selbst korrigieren im Zusammenhang mit meiner Feststellung anlässlich des Rechnungsabschlusses, wo ich darüber gesprochen habe. Es war ein bestimmter Anteil der Steyr-Werke, da die Steyr-Werke im Zusammenhang mit dieser Schenkung Bedingungen gestellt haben, daß sie 25 %, also von diesen 232 58 Wohnungen selbst vergeben. Es kommt immer wieder vor, daß man im gemeinderätlichen Ausschuß feststellt, wir müssen die soziale Lage und die kinderreichen Familien berücksichtigen. Bei der Wohnungsvergabe der Steyr-Werke wird nicht nach diesen Gesichtspunkten gehandelt, auch zwei Personen, also Verheiratete ohne Kinder, bekommen ohne weiteres eine Wohnung im Rahmen dieses Kontingents. Nur bei 50 % der Wohnungen hat die Gemeinde das Recht mitzubestimmen, daß sie Werksangehörige in diese Wohnungen einweisen können und wir wissen auch, wie problematisch es ist bei diesen 58 Wohnungen mit der Kündigung bzw. wenn Arbeiter oder Angestellte das Werk verlassen, so ist damit die Auflösung des Mietverhältnisses verbunden.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Das stimmt nicht, die sind nicht kündbar!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wir werden das sehen, wir haben mit einigen anderen Kollegen und nicht nur mit Kollegen Baumann darüber gesprochen, die anderer Meinung sind. Das war nur nebenbei festgestellt.

Damit wollte ich aufzeigen, daß nicht einmal 128 Wohnungen im Jahre 1971 der Gemeinde zur Vergabe zur Verfügung gestanden sind und im kommenden Jahr werden es nur mehr an

die 100 sein.

Das Zurückbleiben der Wohnbautätigkeit wurde erst vor einigen Wochen anlässlich der Spatenstichfeier für die Pensionistenwohnungen von Landesrat Fridl in Steyr bestätigt. Er sagte wörtlich: "Steyr ist in den letzten Jahren stark zurückgeblieben und hat auf dem Sektor des Wohnungsbaues viel aufzuholen."

Dazu kommt meiner Meinung nach noch ein Faktor, die zu hohen Mieten für die breite Schicht der Wohnungswerber. Es zeigt sich immer mehr, daß nur die Wohnungssuchenden mit Neubauwohnungen beteiligt werden, deren Finanzlage die Mietzinshöhe gestattet - wahrlich kein sozialer Standpunkt.

Der Großteil der über 2000 Wohnungssuchenden unserer Stadt ist nicht in der Lage, eine Neubauwohnung auf den Resthofgründen zu beziehen, für die ein Quadratmeterpreis von 15 bis 16 Schilling und ein Baukostenbeitrag von S 25.000 bis S 30.000,- bezahlt werden muß. Angesichts solcher Kosten kann von einem "sozialen Wohnungsbau" keine Rede mehr sein, wenigstens nicht für solche Menschen, die nur über ein normales Einkommen verfügen. Die sozialistische Partei hat in ihrer Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß der österr. Arbeiter der am schlechtesten wohnende in Westeuropa ist. Der allgemeine Wunsch der jungen Generation ist eine Beschleunigung des Wohnbaues und die Errichtung moderner Wohnungen zu erträglichen Mietzinsen.

Die Kommunistische Partei hat Vorschläge ausgearbeitet, wie der Wohnungsbau forciert und billiger gemacht werden kann. Dabei geht es vor allem um den Kampf gegen die Bodenspekulanten. Sie treiben die Baugründe in die Höhe, hinzu kommen noch die riesigen Profite der Bauunternehmungen.

Die drittreichste Firma in unserer Stadt - das ist bestimmt keine Neuigkeit - nach den Steyr-Werken und der

Maschinenfabrik GFM, ist bekanntlich ein Bauunternehmen. Dies zeigt mir, daß man beim Wohnungsbau riesige Profite erzielen kann. Wir Kommunisten sind auch der Meinung, vor der Wahl hat die sozialistische Partei mehr Wohnungen versprochen. Jetzt nachdem sie die absolute Mehrheit im Parlament besitzt, muß sie ihr Versprechen einhalten. Ein Weg dazu wäre die Aufhebung des von der ÖVP-Regierung beschlossenen Wohnbauförderungsgesetzes 1968 und Beschluß eines modernen Assanierungsgesetzes. Diese Gesetze müßten den Bedürfnissen des wohnungssuchenden arbeitenden Menschen angepaßt werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Nicht nur Großprojekte, die der Entwicklung unserer Stadt dienen, hat die Gemeindeverwaltung zu planen. Sie hat auch den Wünschen der Bewohner der einzelnen Stadtgebiete Gehör zu schenken. Ich muß anerkennend feststellen, daß eine ganze Reihe von Forderungen und Wünschen der Kommunisten in den letzten Jahren erfüllt und realisiert wurden. Ob das die Errichtung des Hallenbades, der Ausbauder städt. Autobuslinie oder die Errichtung von Spielplätzen betraf. Es gibt auch für das Jahr 1972 eine Reihe berechtigter Wünsche der Bevölkerung, die bei Erfüllung kein neues Budget erfordern. Denn das heute zu beschließende Budget ist äußerst vorsichtig und wie in den vergangenen Jahren pessimistisch erstellt. Z. B. die Einnahmepost Abgabenertragsanteile wurde gegenüber 1971 um S 5 Mill. von 44 auf S 49 Mill. erhöht. Die zu erwartende Mehreinnahme - realistisch gesehen - liegt bei 18 bis 19 Prozent. Hier sehe ich eine versteckte Reserve, die dazu dienen könnte, eine Reihe von zusätzlichen Wünschen der Bevölkerung zu erfüllen.

Wir Kommunisten treten unter anderem für einen gesicherten Schul-

weg ein. Daß die Schulkinder nicht Freiwild sind, verdanken wir unseren Sicherheitswachebeamten, die zu Stoßzeiten an den gefährlichen Straßenübergängen die Kinder schützen. Eine Gefahrenstelle, Arbeiterstraße - Glöcklstraße, wird durch Errichtung eines Schutzweges, für dessen Notwendigkeit wir Kommunisten eintraten, beseitigt. Eine weitere Gefahrenstelle ist die Sierninger Straße bei der Einmündung des Annaberges. An dieser Stelle kommt es immer wieder zu Unfällen, bei denen Schulkinder schwer verletzt werden. Schon vor Jahren verlangte der kommunistische Vertreter die Errichtung eines Schutzweges, bis heute wurde von der sozialistischen Mehrheit nichts unternommen, obwohl man weiß, daß pro Jahr in Oberösterreich allein rund 40 Schulkinder ihr junges Leben auf der Straße aushauchen und sterben.

Wir Kommunisten verlangen erneut im Interesse der Wohnbevölkerung Neustraße - Steinfeldstraße - Sierningerstraße - einen gesicherten Schulweg durch die Errichtung eines Schutzweges sowie eine Geschwindigkeitsbeschränkung für alle Fahrzeuge im Kreuzungsbereich Sierninger Straße - Annaberg.

Vordringlich und notwendig ist auch eine Schulwegsicherung im Kanalverkehrsbereich auf dem Tabor, wo hunderte Kinder täglich die Straße überqueren müssen.

Zu einer anderen Frage. Die Stadt Steyr hat schon seit vielen Jahren die unentgeltliche Bereitstellung der Schulbücher für Volks- und Hauptschüler vorbildlich verwirklicht. In der Regierungserklärung vom 5. November 1971 ist es noch ein Punkt, der erst verwirklicht werden muß. Aber auch in unserer Stadt gibt es derzeit noch rund 600 Schüler im Pflichtschulalter, die das Bundesrealgymnasium besuchen und von der vollen unentgeltlichen Bereitstellung der Schulbücher ausgeschlossen sind. Es wird lediglich ein

jährlicher Lehrbücherkostenbeitrag in der Höhe von S 90,- pro Schüler ausbezahlt. Daher müssen sich die Schüler nach wie vor einen Teil der Lehrbücher selbst kaufen. Wir Kommunisten sind der Meinung, wenn diese 600 im Pflichtschulalter befindlichen Steyrer Schüler die Hauptschule besuchen, würden sie die Schulbücher gratis zur Verfügung bekommen. Folglich verlangen wir die volle Einbeziehung aller Steyrer Schüler im Pflichtschulalter in die Schulbücheraktion der Stadt. Zu einer modernen und fortschrittlichen Schulpolitik gehört unter anderem die Befreiung der Eltern von allen Gebühren, soweit sie mit der Ausbildung des Kindes verbunden sind, sagte Bundeskanzler Kreisky in der Regierungserklärung.

Dazu ein Beispiel aus unserer Stadt: Vor einigen Wochen bekamen die Eltern der Schüler der städtischen Handelsakademie ein Schreiben, in welchem ersucht wurde, die Eltern mögen der Schule helfen, einen Computer anzuschaffen. Es wurden Bausteine aufgelegt, die von den Eltern gekauft oder vertrieben werden sollen. Das Herausfordernde liegt darin, daß das Unterrichtsministerium mit dem Schuljahr 1971/72 zwar die Datenverarbeitung als Pflichtfach eingeführt hat, jedoch nicht dafür Vorsorge getroffen wurde, daß auch die geeigneten Geräte zur Verfügung stehen. Das Bundesministerium hat eine Subvention in der Höhe von S 50.000,- in Aussicht gestellt, wenn die Stadtgemeinde Steyr zumindest denselben Betrag aufbringt. Die Stadt hat S 50.000,- zur Verfügung gestellt. Der beträchtliche Restbetrag von S 157.000,- mußte von den Eltern und dem Förderungsverein aufgebracht werden. Das Unterrichtsministerium verordnet zwar die Datenverarbeitung als Pflichtfach, kommt aber nicht für die Anschaffung der Lernmittel auf.

Aber beim unnötigen Bundesheer ist auch diese Regierung großzügig,

für 1972 sind im Budget um S 538 Mill. mehr vorgesehen. Mit diesem Betrag, das kann sich jeder ausrechnen - könnte man 2.150 Computer anschaffen. Ein solcher Zustand hat weder mit einem "modernem Österreich" zu tun, noch mit einer modernen Bildung, wovon die SPÖ-Regierung ununterbrochen spricht, wenn die Eltern erst die Voraussetzungen zur ordnungsmäßigen Abwicklung des Unterrichtes schaffen müssen.

Eine allgemeine Beschwerde gibt es von Müttern, daß sie seit der Umstellung - der zum Teil Umstellung, wie Herr Kollege Kinzelhofer ausgeführt hat - bei den städtischen Autobussen auf 1-Mann-Betrieb mit einem Kinderwagen nicht mehr mitfahren dürfen. Im Hinblick auf die Bebauung der Resthofgründe und der Entfernung in die innere Stadt sowie der Ausweitung der städtischen Verkehrslinie, soll man jetzt schon beim Ankauf von neuen Autobussen Bedacht nehmen, daß die Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten so konstruiert sind, damit in Zukunft auch solche Fahrgäste, also Mütter mit Kinderwagen, mitgenommen werden können.

Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich noch eine sehr ernste Frage aufrollen. Dem Gemeinderat ist bekannt, daß eine Reihe von Steyrer Arbeitern für die Befreiung unserer Stadt und unserer Heimat vom Faschismus für Freiheit und Demokratie ihr junges Leben gaben. Die Namen sind bekannt, Karl Punzer, Herta Schweiger, Hans Buchholzer, Fritz Derflinger, Bertl Konrad und Otto Pensl, sie alle starben unter den Schlägen der SS und der Gestapo einen qualvollen Tod in den Gaskammern der Faschisten.

Damit die demokratische Bevölkerung Steyrs diese Helden unserer Stadt und ihren Kampf nie vergessen wird, wurde ein Mahnmal im Urnenfriedhof errichtet. Außerdem wurden Straßen in Münchenholz nach ihnen be-

nannt. Wenigen Gemeinderäten wird allerdings bekannt sein, daß zwischen 1940 und 1944 allein über 4000 KZ-Häftlinge im Steyrer Krematorium verascht wurden. Alle Jahre am 1. November wird eine Gedenkfeier abgehalten und Kränze beim Mahnmal niedergelegt. Es ist eine Schande für eine Stadtverwaltung mit einer SP-Mehrheit, die es nicht der Mühe wert findet, einen Vertreter zu entsenden bzw. einen Kranz niederzulegen, sehr wohl aber an Totengedenkfeiern vertreten ist, an denen gleichzeitig mit Männern der ehemaligen Waffen-SS Kränze niedergelegt werden.

Wir Kommunisten erwarten von der Gemeindeverwaltung, daß in Zukunft diese Mißachtung abgestellt wird. Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Dem zur Beschlußfassung vorliegenden Voranschlag für das Jahr 1972 - einbezogen unsere kritischen Feststellungen - werde ich im Namen der Kommunistischen Partei die Zustimmung geben.

Gleichzeitig erlaube ich mir, Ihnen meine Herren Bürgermeister, den Damen und Herren des Gemeinderates, den Beamten und Bediensteten dieses Hauses sowie den anwesenden Pressevertretern frohe Festtage und ein erfolgreiches neues Jahr 1972 zu wünschen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Die Fraktionserklärung wurde zur Kenntnis genommen.

Nächster Sprecher Herr Gemeinderat Mayr.

GEMEINDERAT FRANZ MAYR:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir, daß ich etwas

zurückblicke, aber mir erscheint es wichtig, etwas Vergessenes in Erinnerung zu rufen. Am 1. 12. 1969 haben die städtischen Verkehrsbetriebe eine provisorische Haltestelle am Rande des Abschnittes II, Münichholz, in der Schumeierstraße errichtet.

Ich habe damals als Gemeinderat der ÖVP-Fraktion vom Stadtteil Münichholz dazu Stellung genommen und in der Budgetdebatte zum Wohle der alten Bürger verlangt, daß diese Haltestelle in die Leharstraße, also direkt in den Abschnitt III, verlegt wird, zumal im Winter dieser Abschnitt der letzte bei der Schneeräumung ist und es für diese alten Menschen außerordentlich schwierig ist, bei Schnee und Eis diesen weiten Weg zu gehen. Aber dieser Bitte, ja gerechten Forderung dieser alten Bürger, wurde damals von den Herren Stadträten der SPÖ Wippersberger und Kinzelhofer mit den Argumenten entgegengeredet, daß dies unmöglich sei, da der Weg für die Omnibusse zu weit und die Straße zu schmal sei. Überdies müsse man in diesem Falle auch den Fahrplan ändern. Ich erlaube mir daher, sehr geehrte Damen und Herren, die Mehrheitsfraktion namens der alten Bewohner des Abschnittes III, daran zu erinnern, daß die SPÖ-Fraktion, Sektion 21, anlässlich der Nationalratswahl 1956 ein Flugblatt am 8. Mai 1956 an die Haushalte des betreffenden Abschnittes mit dem Versprechen herausgab, die Omnibushaltestelle in den Abschnitt III zu verlegen. Manche sind damals auf dieses Versprechen der SPÖ hineingefallen und haben die sozialistische Partei gewählt, in der Hoffnung, daß diese ihr Versprechen auch einlöst, aber bis heute vergebens darauf warten! Genauso, wie die derzeitige sozialistische Bundesregierung vor der Nationalratswahl alles versprochen hat, nach der Wahl, da ihr die Bürger unseres Landes ihre Stimme gegeben haben, dieses Versprechen vergißt, ja man

diese sogar ins Gegenteil umkehrt - siehe die enormen Preissteigerungen sowie keine Steuersenkung für die Arbeiter und Angestellten - obwohl sie eine sogenannte Arbeiterpartei ist.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

↳Aber die S 15.000,- bekommen sie schon jetzt!

GEMEINDERAT FRANZ MAYR:

Überdies gaben die Verkehrsbetriebe im November 1969 einen Fahrplan heraus, worin steht: "Nach langjähriger Forderung ist dieser Wunsch, diese Haltestelle in den Abschnitt III zu verlegen, in Erfüllung gegangen". Das, meine Damen und Herren der SPÖ-Fraktion, ist Hohn, da man die Haltestelle nicht im Abschnitt III, Leharstraße, sondern in der Schumeierstraße, also am Rande des Abschnittes II, errichtet hat.

Ich verlange daher als Gemeinderat der ÖVP namens der alten Bürger von Münichholz energisch, daß die verantwortlichen Herren der SPÖ endlich willens sind, die Haltestelle so bald wie möglich in die Leharstraße zu verlegen, was ja auch ursprünglich vorgesehen war. Oder haben die Herren der SPÖ vielleicht wieder eine Ausrede, indem sie sagen: "Die Kurven bei der Wagnerstraße bzw. Prinzstraße sind zu eng gebaut worden"? Oder warten Sie auf ein Jubiläum? Ich kann Ihnen, werte Damen und Herren der SPÖ, aber einen Vorschlag machen: Wie wäre es mit einem Wahlschlager? 15 Jahre versprochen, bis heute nicht gehalten. Vielleicht ist es im 17. Jahre, nämlich 1973 anlässlich der Landtags- und Gemeinderatswahlen möglich, wofür Sie ja schon 2 Wahlschlager vorbereitet haben, nämlich:

1. den Bau der Schönauerbrücke, die ja schon lange fertig sein soll, da es die derzeitige Verkehrssituation schon dringend erfordert. Genauso die Hunds-

graben- und Seifentruhenumfahrung.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Das ist doch Bundesangelegenheit, bleiben wir sachlich, lieber Kollege!

GEMEINDERAT FRANZ MAYR:

2. Das Pensionistenheim auf der Ennsleite.

Und nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, eine gerechte Forderung der Kriegsinvaliden und Pensionisten: die dynamische Pensionserhöhung im Jahre 1972 beträgt laut Mitteilung des Finanzministeriums 7,4%, die Teuerungen werden voraussichtlich 5,5 % betragen, sodaß für diesen Personenkreis nunmehr nur ein Mehreinkommen von rund 2 % bleibt. Als Gemeinderat der ÖVP verlange ich daher namens meiner Fraktion und des österreichischen Rentner- und Pensionistenbundes sowie der Kriegsinvaliden, daß die Fahrpreise der städtischen Verkehrsbetriebe im Jahre 1972 um 50 % für diese Bürger unserer Stadt gesenkt werden.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Bravo!

GEMEINDERAT FRANZ MAYR:

Dies ist aber nicht als Wahlschlager gedacht, sondern als reelle Gegenleistung für ihre Leistungen bezüglich des Wiederaufbaues für unsere schöne alte Eisenstadt Steyr.

Ich hoffe, daß die sozialistische Fraktion dazu ihr Einverständnis gibt.

Ein Anliegen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich noch namens aller Autofahrer und auch der Fußgänger an die verantwortlichen Herren der Verkehrsbetriebe vorbringen: Sparen Sie bei der Salzstreuung, denn
1. kostet es sehr viel,

2. schonen wir die Autos und Schuhe und auch die Vierbeiner und
3. schonen wir auch die Straßen, denn Sie alle wissen, daß das Salz auch die Straßenbeläge sehr angreift und enorme Schäden hervorruft, deren Ausbesserung wir alle selber bezahlen müssen.

Streuen Sie deshalb mehr Sand, auch das gibt bessere Fahr- und Gehbedingungen! Das ist der Wunsch der Steyrer Bevölkerung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Als nächster Sprecher Herr Gemeinderat Gherbetz!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ: Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein Fraktionskollege, Dr. Gärber, hat zum Budget 1972 bereits ausführlich seine Meinung gesagt. Erlauben Sie mir gleichfalls, kurz einige Worte zu sagen.

Wenn ich im Vorjahr feststellte, die Aufgabe einer verantwortungsbewußten Stadtverwaltung muß es sein, die Einnahmen zu erhöhen, Ausgaben sinnvoll zu steuern und Schwerpunkte zu setzen, so hat dies im Budget 1972 Beachtung gefunden.

Die Zahlen sprechen dafür: Für Kanalisation S 10,5 Mill., dem Wohnbau wurden S 10 Mill., der Hundsgaben- und Hundegraben- umfahrung S 10 Mill., dem weiteren Straßenausbau S 10 Mill., dem Schulbau wurden S 5 Mill. zugeordnet.

Hoffentlich werden tatsächlich diese Vorhaben, die im Budget aufgezeigt sind, vorangetrieben und nicht wie beim Kanalbau 1971, daß nur Zahlen im Budget aufscheinen, die man später nicht erfüllt. Wir kennen den Sachverhalt. Zum Teil waren die Witterungsverhältnisse schuld, zum anderen Teil lag es an der Vergabe.

Man kann nicht Firmen, die bereits nachweislich am Niedergang sind, mit derartigen Projekten betrauen.

Was hier fehlt und oftmals urgiert wurde, ist eine brauchbare Vergabeordnung. Obwohl in fast allen fortschrittlichen Städten eine solche existent ist, fand es bisher in Steyr die Mehrheit des Hauses nicht nötig, eine solche zu schaffen. Vielleicht hat eine Delegation, die im Mai 1971 für eine Woche in die DDR gereist ist, uns von dort aus ein Muster mitgebracht?

Wir hoffen, daß man nach dem Muster des Herrn Bundeskanzlers auch bei uns transparent wird. Ich könnte Ihnen unzählige Beispiele für das Fehlen einer Vergabeordnung geben. Eines aus letzter Zeit möchte ich aber aufzeigen. Es wurde in der letzten Stadtsenatsitzung abgesetzt und kam, glaube ich, heute zur Beschlußfassung. Es handelte sich um 428 kombinierte Elektro-Gasherde, um einen Betrag von ca. S 1,2 Mill., der nicht ausgeschrieben wurde. Meine Damen und Herren, auf der einen Seite schreibt man S 1,2 Mill. nicht aus und auf der anderen Seite werden bei Beträgen von S 6.000,- - S 8.000,- drei Offerte eingeholt.

Nachdem es bei uns keine Vergabeordnung gibt, werden die Aufträge nach einer gewissen Art vergeben, die einige Herren bestimmen. Das ist es, was unserer Fraktion nicht paßt.

Es fehlt weiter in diesem Hause eine brauchbare Raumplanung und Raumordnung. Hier müßten unsere Stadtplaner in Erscheinung treten. Der Herr Vizebürgermeister hat ja bereits anklingen lassen, wie notwendig hier eine Erweiterung mit Fachleuten im Bauamt wäre.

Wenn man durch unser schönes Land fährt, verkünden große Schilder: Straßen für die Zukunft bauen! Bei uns in Steyr sind diese bereits bei der Planung zu klein. Siehe Hundsgaben- und Hundegraben- umfahrung bei der Leopold-Werndl-Straße

oder die Straßen im neuerbauten Wohnzentrum Tabor. Daher ist es nicht verwunderlich und entspricht der Tatsache, wenn Zeitungen schreiben: Steyr erstickt im Verkehrsstrom, totaler Zusammenbruch des Verkehrsnetzes bei Stoßzeiten, zunehmender Lastenverkehr verschärft die Situation, Möglichkeiten der Einbahnregelung werden nicht ausgeschöpft. Man lastet es hier der Stadtgemeinde an, daß sie dringende Straßenbauten nicht in Angriff genommen hat. Ich glaube, im gewissen Sinn haben diese Feststellungen ihre Berechtigung. Ob wir tatsächlich den Verkehr bewerkstelligen können bis die Benützung der Umfahrung Hundsgaben möglich ist, das bezweifle ich. Ich bin vielmehr der Meinung, daß man hier noch Zwischenlösungen schaffen muß, um die zunehmende Verkehrsdichte bewältigen zu können.

Ein großes Problem sind auch die Parkplätze. Wenn wir uns den Vorschlag ansehen, müssen wir feststellen, daß für die Schaffung von Parkplätzen S 150.000,- vorgesehen sind. Das ist, meine Damen und Herren, ein Tropfen Wasser auf den heißen Stein. Ausbauen wird man damit nicht können, höchstensfalls Verbesserungen durchführen.

Weil wir bei den Verbesserungen der Parkplätze sind, hätte ich hier einen Vorschlag. Es wurde im Verkehrsbeirat bereits diskutiert und betrifft die Sepp-Stöger-Straße. Sie wurde dankenswerterweise verbreitert, man kann einseitig parken und dadurch wurde eine Verringerung der Parkraumnot geschaffen. Wenn man aber die Sepp-Stöger-Straße stadtauswärts als Einbahn führen würde, so hätte man laut Unterlagen des Verkehrsamtes im Schloß Lamberg weitere zusätzliche 40 Parkplätze gewinnen können. Nun sagt ein Teil der Verantwortlichen, wir brauchen diese Straße für den Winter, wenn am Leitnerberg Eisglätte ist und die Omnibusse oder Schwerfahrzeuge nicht

über den Leitnerberg kommen - das hat in gewisser Beziehung seine Berechtigung, denn das Straßenniveau ist dort sehr schwierig - so können diese über die Sepp-Stöger-Straße ausweichen. Ich glaube aber, man könnte gleichfalls über die Blumauerstraße fahren und damit die Sepp-Stöger-Straße offen halten. Hier appelliere ich an den Verkehrsreferenten, vielleicht wird es mit Überlegungen möglich sein, hier eine kleine Erleichterung zu schaffen.

Lassen Sie mir noch eine Hausaltspost herausgreifen, und zwar den Brucknerplatz. Für die Gestaltung des Brucknerplatzes sind wiederum S 100.000,- veranschlagt, ich weiß nicht wie oft schon. Diese zum Schildbürgerstreich gewordene Ansatzpost ist bereits für eine Kabarettaufführung reif. So wie Weihnachten alle Jahre wieder kommt, so kommt auch der Brucknerplatz im Budget der Stadt Steyr vor. Nachdem es gelungen ist, die Interessenvertretung zur Gestaltung des Kriegerdenkmales solange zum Narren zu halten, daß diese sich sagten, macht was ihr wollt, sollte man nicht mehr länger provozieren. Sicherlich wird das Gesamtbild um die Stadtpfarrkirche durch diesen Platz, wie er jetzt ist, nicht gehoben.

Gleichfalls wie die Enns durch das Verhalten der Ennskraftwerke an manchen Tagen zum Rinnsal wird. Hier müßte unserer Meinung nach die Gemeinde massiver in Erscheinung treten. Daß die Mollner gegen ihr Projekt schreien und das Flußbett der Enns in Steyr als Vergleich heranziehen, darf niemanden wundern.

Gleichfalls ist für 1972 für eine Bedürfnisanstalt am Tabor der Betrag von S 300.000 ausgewiesen. Hier gilt das gleiche wie über das vorher Gesagte. Seit 1969 ist dieser Fall aktenkundig. Selbst für die alten Anlagen, welche mit wenig Kapital in einen der modernen Zeit angepaßten Zustand versetzt werden könnten - die noch dazu

mitten im Stadtgebiet liegen und durch Fremde stark frequentiert werden - wird nichts getan. Als Fremdenverkehrsstadt sollte den hygienischen Verhältnissen mehr Rechnung getragen werden.

Zum Umweltschutz ist zu sagen: Es ist derzeit sehr populär und man hört viel davon und endlich wurde die Aufhebung der Müllablagerungsgebühr, laut Amtsblatt, durchgeführt. Wir Freiheitlichen waren gegen die Einführung, weil wir die Meinung vertraten, daß hier Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen. Wir haben recht behalten. Laut Angabe im Amtsblatt, daß eine fallweise Entrümpelung durchgeführt werden soll, schlagen wir vor, in den verschiedenen Stadtteilen feste und geruchsichere Sammelstellen zu schaffen, die auch turnusmäßig entleert werden. Nicht jeder ist Autobesitzer um zum Müllabladepplatz zu fahren oder kann gewisse Abfallprodukte solange liegen lassen, bis wiederum eine Entrümpelung stattfindet. Nach Schaffung solcher Sammelstellen kann man weitere Verursacher zur Rechenschaft ziehen.

Gerade jetzt wo Weihnachten vor der Tür steht. Wir haben moderne Wohnhäuser mit Zentralheizung. Wo werden die Leute nach Weihnachten ihre Christbäume hingeben? Eine Unterbringung in den Mülltonnen ist nicht möglich, daher schlagen wir vor, für den sperrigen Müll feste Sammelstellen zu schaffen und in gewissen Stadtbezirken aufzustellen. In Linz konnte man feststellen, daß die Leute tatsächlich dorthin gehen, um ihren Müll los zu werden.

Nun, meine Damen und Herren, habe ich noch etwas zu kritisieren, es betrifft den Sport. Wir begrüßen Sportförderung und wir sind grundsätzlich positiv eingestellt. Ich erkläre immer wieder und werde es auch immer sagen, besser die Jugend ist in den Turnsälen oder auf den Sportplätzen, als

sie ist von jenen Methoden angetan, die aus den amerikanischen Kontinenten zu uns herüberkommen.

Meine Damen und Herren, wir haben hier für die körperliche Ertüchtigung im aoH eine Ansatzpost von S 700.000,-. Von diesen S 700.000,- gehören S 500.000 für Plätze, die sozialistischen Sportorganisationen kostenlos zur Verfügung stehen.

Das Sportheim Münchenholz weist einen Ausgang von S 330.000,- und Einnahmen von S 35.000,- aus. Im Sportheim Ennsleite wird bis heute im Wirtshaus kein Pacht eingehoben.

Die Unterstützung aller anderen Verbände ist mehr als dürftig. Dem Österr. Turnerbund kostete der Heizungseinbau für die Turnhalle S 170.000,- und er hat bis jetzt noch nichts dafür bekommen. Dies, obwohl er seine Turnhalle der Höheren Technischen Lehranstalt in Steyr und der Lehrwerkstätte der Steyr-Werke zur Verfügung stellt. Für diese Heizung, die unumgänglich war, ist bis heute noch kein Bescheid ergangen, wieviel man in der Lage ist, dafür zu subventionieren. Sport soll nach Leistung honoriert werden und nicht nach Vermassung.

Die Schaffung eines Pressereferates haben wir auf Umwegen erfahren. Wir begrüßen es, daß man dieses Referat geschaffen hat und hoffen, daß in Hinkunft der Gemeinderat hier besser informiert wird, um auf diesem Sektor etwas mehr transparent zu werden.

Ich begrüße die Schaffung des Seniorenklubs und bin froh, daß uns dies innerhalb so kurzer Zeit gelungen ist. Ich habe mich 3 Jahre bemüht, Sie, Frau Kollegin Kaltenbrunner, haben es in einem Jahr geschafft. Bei Frauen wirkt eben die Forderung besser.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ANNA KALTENBRUNNER:

Nein!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Meine Damen und Herren, 3 Jahre, aber egal wie es ist, wir sind froh, daß wir für die alten Menschen unserer Stadt diese Einrichtung geschaffen haben. Nichts wird in der heutigen Zeit so vernachlässigt, wie die alten Menschen. Daher begrüßen wir diese Einrichtung, die eine Vereinsamung der alten Menschen vermeiden helfen soll.

Zum Abschluß hätte ich eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister. Ich weiß nicht, ob es stimmt, man plant, das alte ehrwürdige Stadttheater an eine Firma zur Lagerung von Klomuscheln zu verpachten. Vielleicht ist es eine Ente, ich hoffe es jedenfalls.

ZWISCHENRUF STADTRAT BESENDORFER:

Ob es Klomuscheln sind, wissen wir noch nicht genau, aber zur Lagerung von sanitären Anlagen.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zum Zivilschutz. Soviel uns bekannt ist, hat früher ein leitender Bediensteter dieses Hauses diesem vorgestanden. Nun wollte man keinen Beamten haben und der Nachfolger wurde ein ehemaliger Stadtrat, der nun gleichfalls diesen Posten zurückgelegt hat. Jetzt ist wieder ein Pensionist vorgesehen, dem eine Kanzlei in diesem Hause eingerichtet werden soll. Meine Damen und Herren, ich glaube, Zivilschutz ist wie die Feuerwehr. Solange man sie nicht braucht, lächelt man darüber und wenn man sie braucht, dann schreit man nach ihr. Daher finde ich, vorsorgen ist besser als heilen. Man sollte in diesem Hause ein Kuratorium zusammenstellen, das sich ernsthaft mit dieser Frage befaßt. Wir sind uns darüber im klaren, wir können nur Projekte in Angriff nehmen oder aufklärend wirken, denn man weiß nicht, was die Zeit bringt.

Abschließend, meine Damen und

Herren, darf ich sagen, daß wir dem Budget 1972 auf Grund der eingangs erwähnten Angaben, daß ein Großteil der Schwerpunkte ihren Niederschlag gefunden hat, zustimmen.

Wir erlauben uns gleichfalls, den Beamten dieses Hause und Ihnen allen, meine Damen und Herren ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Habt Ihr bei den Freiheitlichen schon zwei Fraktionen?

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Lieber Kamerad Besendorfer, ich lasse mir nicht vorschreiben, wie lange ich als gewählter Mandatar rede und wenn ich als Fraktionsführer meine Zustimmung gebe, so ist das Sache der Fraktion und nicht Sache der Mehrheitsfraktion.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Ich habe nur die Anfrage gestellt, von einer Fraktionserklärung habe ich schon gehört.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Es war noch keine. Soviel mir bekannt ist, gibt die Zustimmung der Fraktionsführer.

Nun erlaube ich mir, allen Bediensteten die besten Wünsche zu übermitteln. Ich danke im Namen unserer Fraktion für die geleistete Arbeit.

Ihnen, werter Herr Bürgermeister, und Ihnen, verehrte Kollegen des Gemeinderates, entbiete ich in meinem persönlichen Namen und im Namen unserer Fraktion ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 1972 und für Sie persönlich gute Gesundheit.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für die Erklärung der Freiheitlichen Partei.

Nächster Sprecher Herr Gemeinderat Sablik, anschließend Stadtrat

Wallner.

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Nachdem ich beruflich, vermögensrechtlich und durch meine Vorfahren 150 Jahre in Steyr verankert bin, erlaube ich mir, das Wort zu nehmen und zu einigen Dingen zu sprechen, die der Sprecher der ÖVP-Fraktion hier zur Debatte gestellt hat.

Und zwar das Problem der Altstadtsanierung und das Problem der Denkmalpflege.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich bitten, die letzten Diskussionsredner noch ordentlich ausprechen zu lassen!

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Dann gibt es Kaffee!

Jedenfalls sind die Aktivitäten, die in der Altstadtsanierung von unserer Fraktion gesetzt wurden, durchaus sehenswert und halten jeden Vergleich mit den zitierten Beispielen, von Krems und auch anderen Städten. Ich erlaube mir, als einer der die Verhältnisse von Krems kennt zu sagen, daß diese dort mit den unseren nicht verglichen werden können, weil erstens die Grundlagen anders sind und zweitens die Art der Bewältigung anders angepackt wurde. Wenn Sie heute nach Krems kommen, so sehen Sie einige Paradebeispiele, die sich durchaus nicht auf Steyr übertragen lassen. Es wird dort die Fassade renoviert, abgetragen, zerlegt, wieder aufgeklebt und bei uns wird die Fassade renoviert und saniert. Probleme wie sie dort in Hinterhöfen zu lösen versucht wurden, indem man in einen Hinterhof ein Bauwerk hineingestellt hat oder einige Einzelobjekte sanierte, sind für Steyr derzeit nicht tragbar. Wenn Sie sehen, in welchen

Voranschlagsposten in Krems Posten versteckt sind, die miteinander fast S 4 Mill. ausmachen, die für Annuität, Mieten- und Zinszuschüsse verwendet werden, da würde die selbe ÖVP, die heute danach schreit sagen, wir können uns diese Art der Sanierung nicht leisten. Ich glaube, die freiwillige Zusammenarbeit mit den Hausbesitzern in Steyr ist durchaus gelungen und die Fremden, die unsere Stadt besuchen sagen, das ist auch in Europa durchaus sehenswert. Wir sollten auf diesem Wege fortfahren und uns nicht nach anderen Städten richten, denn wenn die Verhältnisse grundlegend anders sind, so kann man sie auch mit einigen Millionen auf oder ab nicht bewältigen. Diese Millionen, die nicht wägbare und sichtbar sind, die sind in der Hundsgabenumfahrung, also überhaupt in der Stadtumfahrung, enthalten, denn auch dies dient der Altstadtsanierung, der Erhaltung unserer schönen Altstadt. Der Schwerverkehr, der um Steyr umgeleitet wird und der jetzt durch Steyr fließt, erschüttert unsere nicht gut fundierten Gebäude derart, daß in Kürze mit größeren Zerstörungen gerechnet werden muß. Ich glaube, auch dies muß man dabei berücksichtigen.

Was uns in Österreich fehlt, ist ein brauchbares Assanierungsgesetz und ein Denkmalschutzgesetz und ich bitte Sie, auf Ihre Parteifreunde in Wien einzuwirken, wenn diese Gesetze zur Sprache kommen, zur Abstimmung kommen, daß sie dann auch Rücksicht nehmen auf die Probleme und Sorgen jener Städte - wir sind eine davon - die es besonders notwendig haben. Man soll nicht einerseits jammern über den Eingriff der öffentlichen Hand in die Privatsphäre der Hausbesitzer oder anderer Besitzer und andererseits wiederum danach rufen.

Herrn Dr. Gärber möchte ich sagen, daß seine Anregung, gemeinsam mit der Kammer und den Hausbesitzern über den Bau von ansprechenden neuen

Portalen zu sprechen, sicher in den Wind gesprochen ist. Wie ich die Mentalität der Gewerbetreibenden von Steyr kenne, werden Sie auf diese Art und Weise keine Versammlung zustandebringen. Ich mache Sie aufmerksam, daß durch das Kulturamt auf Initiative des Herrn Dr. Gärber bereits einige solche Veranstaltungen zustande gekommen sind und sie entweder vor gähnend leeren Bankreihen durchgeführt wurden oder die dort Anwesenden keinesfalls mit den Leuten ident waren, die es angegangen ist und die dazu etwas zu sagen gehabt hätten. Hier muß meiner Ansicht nach weiterhin auf Grund von Einzelverhandlungen das Auslangen gefunden werden. Es kann nur eines sein, daß in Zukunft ein Zuschuß nicht nur zur Fassadenerhaltung, zur Erneuerung, sondern auch zum Umbau von Geschäften gegeben werden kann, wenn es einem Zweck dient, aber nicht einem Zweck, um neuerliche Verkehrserreger auf unseren kleinen Stadtplatz zu bringen.

Zuerst müssen die Probleme der Garagierung oder der Parkmöglichkeit gelöst werden.

Zu den angezogenen Brunnen, die im Rahmen des Denkmalschutzes angeblich stiefmütterlich behandelt werden, möchte ich folgendes sagen: Der Rote Brunnen ist durchaus in Ordnung, nur verschwindet er heute im Verkehrsstrom, weil niemand Platz und Muße hat, diesen zu betrachten. Der Brunnen am Stadtplatz, mag er an einer richtigen oder unrichtigen Stelle stehen, ist technisch und architektonisch in Ordnung. Ich weiß nicht, was Sie daran auszusetzen haben.

GEMEINDERAT FRANZ FRÜHAUF:
Gereinigt gehört er!

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Das ist keine Frage des Denkmalschutzes, sondern eine andere und wenn Sie den Brunnen in der Berggasse

meinen, so kann ich Ihnen nur eines sagen. Auch solche kleinen Dinge werden von unserer Fraktion behandelt und man bemüht sich, sie einer Lösung zuzuführen. Er ist undicht und gehört zerlegt und woanders oder an der gleichen Stelle aufgestellt. Aber Sie können nicht mit der einen Hand nach dem Ersparnislöffel greifen und mit der anderen rufen, das soll saniert werden. Es steht nämlich der Aufwand zum denkmalpflegerischen Wert an dieser Stelle in keinem Verhältnis. Gehen Sie hinauf, es sind 3 Mercedes rundherum geparkt und der Brunnen ist voll mit Papier und Abfällen, die von unseren Bürgern dort abgelagert werden. Dieser Brunnen wurde bereits in Auftrag gegeben und von Fachleuten untersucht. Es gibt eine Firma, die sich bemüht, solche Brunnen durch Einspritzung von Plastikmaterial wieder undurchlässig zu machen. Diese Firma hat sich nicht mehr sehen lassen, daher ist er nach wie vor in diesem Zustand. Sie sehen, daß auch solche kleinen Dinge - nicht nur die großen - unsere Fraktion sehr berühren, daß man darüber spricht und versucht, sie einer Lösung zuzuführen, Wir sind durchaus in der Lage, die Probleme des modernen wie des alten Steyrs zu bewältigen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Als nächster Sprecher Herr Stadtrat Wallner, dann Dr. Stellberger und Stadtrat Wippersberger.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich rede selbst auf die Gefahr hin, daß das Blitzlicht nicht funktioniert.

Ich darf meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, daß heute erstmals einige junge Herrschaften hier in der Gemeinderatsitzung anwesend waren - bedauerlicherweise waren, denn sie haben es leider nur bis zur Halbzeit geschafft. Ich darf aber den einzi-

gen noch Anwesenden bitten, das weiter zu bringen, was von mir durchaus ernst gemeint ist - an seine Kollegen. Ich habe es deshalb ausdrücklich als ernst herausgestellt, da unsere Jugendschon langsam Interesse am Kommunalgeschehen zeigt. Ich habe nur persönlich das Gefühl gehabt, daß man die Zahl der Anwesenden von außen etwas gelenkt hat, das ist von mir nicht in böser Absicht gemeint, sondern aus Platzmangel. Ich würde daraus aber die Konsequenz ziehen - andere Städte machen es uns schon vor und wir können ruhig Gutes nachmachen, dafür bin ich jederzeit zu haben - daß wir künftige Gemeinderatsitzungen spezieller Bedeutung in das Casino verlegen und den Versuch unternehmen, Schulklassen versuchsweise dort hinzubekommen. Andere Städte machen das und haben besten Erfolg damit. Damit wäre dem Wunsch auf Öffentlichkeitsarbeit, den wir alle haben, Rechnung getragen.

Nur einige kurze Bemerkungen in meiner Eigenschaft als Baureferent. Ich stehe noch unter dem Eindruck der vor-mittägigen Sitzung des Stadtsenates und Aufsichtsrates und darf als Baureferent zwei ganz kurze Bemerkungen hier anbringen. Hier kann der Vorsitzende nicht sagen, mache Schluß, das ist nicht mehr so interessant, das geht jetzt nicht gut. Herr Kollege Vizebürgermeister Weiss muß sich das anhören hier in der Gemeinderatsitzung. Vormittag hatte er nicht Lust und Liebe dazu.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich habe als Vorsitzender bis heute noch keine Erwähnung gemacht, daß jemand nicht sprechen soll. Das möchte ich hier ausdrücklich sagen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich weiß, aber es wurde dem Vorsitzenden gedeutet und mit einigen Worten belegt, mache Schluß.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Deutungen sagen sehr wenig!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich habe mich aber nicht deshalb gemeldet, sondern ich hätte mich sowieso gemeldet. Es ging heute um die Vergabe von zwei Lieferungen - von Kollegen Gherbetz wurde das bereits erwähnt, wir haben uns aber nicht abgesprochen, das stelle ich sicherheits halber fest.

Der erste Auftrag hat die Vergabe von 428 Stück Heißwasserspeichern und der zweite Auftrag hatte die Lieferung von ebenfalls 428 kombinierten Gas-Elektro-Herden für die Neubauwohnungen Resthof zum Inhalt. Den ersten Antrag haben wir abgelehnt, denn es wurde kein eindeutiger Beweis erbracht, daß eine öffentliche Ausschreibung erfolgt ist. Wenn eine beschränkte Ausschreibung, angeblich auf telephonischem Wege, durchgeführt wurde, so konnte nicht eindeutig erwiesen werden, daß diese ordnungsgemäß erfolgt ist. Daher wurde von uns dieser Antrag abgelehnt. Der zweite Antrag, betreffend die Vergabe über S 1,2 Mill. für Gas-Elektro-Herde wurde deshalb abgelehnt, weil in der Mehrheitsfraktion - das wurde mir heute vormittags nach ziemlich langer Debatte über dieses Problem von Herrn Bürgermeister gesagt - seit Jahren die Meinung vertreten ist, daß der Bezug von Geräten oder Waren allgemeiner Art durch die Stadtgemeinde beim Erzeuger wesentlich billiger zu stehen kommt und es wird daher dieser Vergabe der Vorzug gegeben. Der ortsansässige Handel wird, wenn es die Mehrheitsfraktion für gut hält, weiterhin kleine Aufträge bekommen und die Wartung und Reparaturen dieser beim Erzeuger billiger gekauften Geräte wird ebenfalls dem ortsansässigen Gewerbe übertragen werden. Diese Handel- und Gewerbetreibenden dürfen aber weiterhin der

Stadtgemeinde Gebühren abliefern. Ich darf interessehalber ganz kurz erwähnen, daß immerhin an Gewerbesteuer S 25 Mill. für 1972 präliminiert sind und an Lohnsummensteuer S 19,5 Mill. Das ergibt zusammen rund S 44,5 Mill., also einen beträchtlichen Betrag. Ich frage daher konkret und das ist nicht als rhetorische Frage gedacht: Warum wird überhaupt öffentlich ausgeschrieben? Es gehört nicht viel wirtschaftliche Sachkenntnis dazu, um festzustellen, daß sämtliche Waren beim Erzeuger billiger zu stehen kommen. Das ist kein Geheimnis. Sollte es weiter der Willkür überlassen bleiben, wann und was ausgeschrieben wird? Sie machen doch mit solchen Methoden - das habe ich schon einmal vor einem Jahr hier gesagt - jede Ausschreibung zur Farce. Weitere Fragen an die Vertreter der vielen Gewerkschaftsmitglieder in den betreffenden örtlichen Betrieben: Finden Sie die Vorgangsweise der Gemeinde richtig und bekennen Sie sich in Wahrung der Interessen der von Ihnen vertretenen Gewerkschaftsmitglieder in Steyr zum Grundsatz, kaufe billiger beim Erzeuger? Nun die letzte Frage an die Mehrheitsfraktion: Sind Sie bereit, im Sinne der von uns immer wieder aufgestellten Forderung - hier darf ich das Urheberrecht nach der Forderung einer Vergabeordnung für uns beanspruchen, Herr Kollege Gherbetz, das ist im Protokoll nachzulesen - nach einer klaren Vergabeordnung Initiativen zu entwickeln?

Nun ein kurzes Wort zur Stadtplanung, auch das wurde schon erwähnt, oder besser gesagt, ein Wort zu der in Steyr nicht existierenden Stadtplanung. Es wurde über allzu großen Druck des Bauausschusses, dem vorzusitzen ich die Ehre habe, und auf dessen Forderung am 18. 1. 1971 ein Präsidialausschuß für Belange der Stadtverwaltung konstituiert. Inzwischen haben nur 4 weitere Sitzungen dieses Ausschusses stattgefunden. Das Ergebnis dieses

Ausschusses - das kann ich Ihnen heute berichten - ist gleich null. Seit 7. 10. dieses Jahres hat überhaupt keine Sitzung mehr stattgefunden. Es konnte kein verwertbares Ergebnis herauskommen, denn nur ein Mitglied dieses Präsidialausschusses kann man als Fachmann ansprechen und dieser ist aus zeitlichen Gründen nicht in der Lage, die zeitaufwendigen Arbeiten für eine zielführende Stadtplanung zu übernehmen. Man wird sich wohl oder übel entschließen müssen, ehestmöglich einen unabhängigen Fachmann mit diesen Agenden zu betrauen. Schon unser verehrter Herr Magistratsdirektor, Obersenatsrat Dr. Enzelmüller hat in der Bauausschußsitzung vom 27. 10. 1969 gesagt, die Stadtplanung muß in engem Zusammenhang mit der Verkehrsplanung betrieben werden und es hat sich am Beispiel anderer Städte erwiesen, daß es zweckmäßig ist, mit der Ausarbeitung eines grundsätzlichen Planungskonzeptes einen Hochschulprofessor zu betrauen. Sie werden mir recht geben, meine Damen und Herren, wenn ich behaupte, daß Sie schon so oft den Intentionen des Herrn Magistratsdirektors gefolgt sind. Ich würde empfehlen, folgen Sie auch diesmal dem Vorschlag des Herrn Magistratsdirektors und Sie sind zweifellos gut beraten.

Auf zu guten Taten und damit danke ich für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Auch dieser Beitrag ist beendet. Er hat zu einer Kritik an meiner Person geführt. Ich muß sagen, Kollege Wallner, ich werde meine Rolle als Vorsitzender so ausüben, wie ich es für richtig finde und wenn Du so gut hören könntest, wie Du deuten kannst, so hättest Du gehört, daß ich eine Anfrage bekommen habe, ob es Kaffee gibt oder nicht. Ich habe gesagt, nein. Das war das, was Du ge-

sehen hast.

Als Nächster Herr Kollege Dr. Stellnberger.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur die Zustimmungserklärung, die von verschiedenen Seiten gegeben wurden dahingehend ergänzen, daß man den heurigen Stadthaushalt nicht nur deshalb bejahen muß, weil er verschiedene Anschaffungen drinnen hat, die unbedingt nötig sind und weil die Kopfverschuldung relativ niedrig ist, sondern vor allem deswegen, weil im ordentlichen Budget so gewirtschaftet wird, bzw. es so veranschlagt ist, daß noch Mittel übrig bleiben. Denn solange aus dem ordentlichen Budget Mittel übrig sind, darf einem nicht bang werden um die Abdeckung des Schuldendienstes. Laut Voranschlag beträgt der Überschuß ca. S 3 Mill. und der Schuldendienst für Tilgung und Zinsen für das kommende Jahr ist etwa mit S 5 Mill. angesetzt. An und für sich ergibt sich ein kleiner Differenzbetrag, aber wir alle erwarten und es wurde schon von verschiedenen Seiten gesagt, daß eben der Voranschlag sehr vorsichtig erstellt wurde und ich bin überzeugt, daß sich hier sicherlich ein Überschuß in größerem Ausmaß ergeben wird.

Das hat Herr Dr. Gärber auch im ersten Teil seiner Rede bestätigt, die er beinahe in Jubiläumsstimmung wie ein Finanzreferent gehalten hat. Ich bin aber mit Dr. Gärber mit dem zweiten Teil seiner Ausführungen einer Meinung, daß die Personalkosten an und für sich in der Höhe von S 65 Mill., verglichen mit anderen Städten, ja sogar verglichen mit dem Bund verhältnismäßig hoch sind, denn auch der Bund zahlt für sein großes Heer von Beamten nur 37 % seines Haushaltes.

Ich möchte nicht unbedingt sagen, daß die Beamten so gut bezahlt sind,

denn wenn man mit anderen Betrieben vergleicht, so müßte man eher das Gegenteil behaupten. Ich bin auch nicht schockiert über die jährliche Steigerung von 10 %, denn verglichen mit anderen Betrieben ist das durchaus eher als niedrig zu bezeichnen. Was mehr beunruhigend ist finde ich den Umstand, daß sich in den letzten 3 Jahren die Belegschaft um ungefähr 10 % vergrößert hat, denn gerade zum Zeitpunkt der Rationalisierung müßte man trachten, alles mögliche zu tun, um den Personalstand niedrig zu halten. Man kann dafür ruhig die Bezahlung der einzelnen Beamten höher ansetzen, weil sicherlich dadurch etwas Besseres herauskommt. In diesem Zusammenhang habe ich auch eine Notiz in der heutigen Tagespresse für sehr interessant gefunden, die lautet, daß bei der Landesregierung mehrere Beamte für ihre Einsparungsvorschläge und für ihre Rationalisierungsvorschläge Prämien erhalten haben. Ich glaube, das ist ein System, das wir auch bei uns einsetzen sollten, daß Beamte, die irgendwelche Vorschläge bringen, die zur Folge haben, daß wirklich etwas eingespart wird, Prämien erhalten. Vielleicht kommen auch Vorschläge von außen über den Beschwerdebrieffkasten, mit denen man etwas anfangen kann.

Apropos Beschwerdebrieffkasten. Ich glaube, daß der Schriftenverfasser dieses Artikels zu höflich war wenn er meinte, daß anonyme Zuschriften nicht persönlich beantwortet werden. Ich glaube, ein namenloser Schreiber erwartet sich das gar nicht.

Zum Kapitel Sport möchte ich noch kurz erwähnen, daß ich mit Bedauern gehört habe, daß das Angebot des Bistums Linz einerseits den Frohen Jugend-Platz zu verkaufen für den Schulbau der Handelsakademie und andererseits Ersatzfläche in Stein zur Verfügung zu stellen, abgestellt wurde, weil angeblich die Forderungen zu hart waren. Ich glaube, daß man im Sinne

einer gleichen Behandlung der verschiedenen Dachverbände und Sportverbände endlich - wie von Kollegen Gherbetz schon etwas härter gefordert - darnach trachten sollte, auch anderen als nur den Turnvereinen ASKÖ und ATSV einen eigenen Sportplatz, einen gemeindeeigenen Sportplatz, zur Verfügung zu stellen. Ich möchte mich aber über dieses Thema nicht länger ausweiten, um sich eventuell anbahnende Lösungen, die, wie ich hoffe, im kommenden Jahr getroffen werden, nicht negativ zu beeinflussen. Herr Stadtrat Kinzelhofer möchte daher entschuldigen, daß ich seinen Ausführungen über die stolze Bilanz der Zahl der Sportplätze nur einen schwachen Applaus gezollt habe, wenn auch nur als Vorschuß. Ich hoffe, daß ich den Rest nächstes Jahr nachholen kann. Es wurde beim Vorschlag des Herrn Vizebürgermeisters Petermair und auch des Kollegen Mayr über die Ermäßigung der Fahrtarife in zynischer Weise von der Hinterbank das Wort "Nulltarif" in die Debatte geworfen. Ich finde, daß dieser Nulltarif gar nicht so lächerlich ist, wenngleich man sich mit diesem Vorschlag den Wienern anschließt, die diesen Vorschlag nicht mit Erfolg durchsetzen konnten. Dieser Nulltarif wurde in verschiedenen Städten mit abwechselndem Erfolg eingeführt. Ich glaube, daß er sich in Steyr auf Grund der Lage günstig auswirken würde. Ich bin aber soweit Realist, daß man auf Grund der budgetären Lage nicht auf 5 oder 6 Mill. Einnahmen in diesem Verwaltungszweig verzichten kann. Eines sollte man sich doch überlegen, ob man nicht die Tarife nur auf Grund der Wirtschaftlichkeit erhöht, sondern daß man sie verhältnismäßig schwach hält oder überhaupt einfriert. Das hätte nicht nur zur Folge - so wie das auch Kollege Sablik gesagt hat - daß dementsprechend Parkplätze in der Stadtmitte zur Verfügung stehen würden. Denn wenn der Tarif niedrig ist, so werden mehr

Personen vom öffentlichen Verkehrsmittel Gebrauch machen und weniger mit ihren eigenen Fahrzeugen in die Stadt fahren.

Das hätte auch zur Folge, daß Abgase und dergleichen in den vielzieltierten Forderungen nach Umweltschutz ihren Niederschlag finden würden und daß auch auf diesem Gebiet etwas gemacht würde. Ansonsten möchte ich mich über dieses Kapitel nicht näher äußern. Umweltschutz, Naturschutz - nachdem ich erfahren habe, daß man in diesem Begriff alles unterbringen kann.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Als nächster Redner Herr Stadtrat Wippersberger, anschließend Herr Stadtrat Kinzelhofer.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die meisten Herren der Minderheitsfraktion, die zum Kapitel Verkehr gesprochen haben, haben sich sehr positiv geäußert. Sie haben gewürdigt, daß wir besonders in letzter Zeit sehr aktiv waren, daß sehr viel auf diesem Gebiet geschehen ist. Ich darf daher nur auf die Anfragen, die das Kapitel direkt betreffen, Stellung nehmen.

Herr Kollege Petermair, Du hast die Anregung gemacht, wir sollen eine Verkehrslösung für Zwischenbrücken bereits jetzt planen. Soweit mir bekannt ist, ist eine Vorplanung bereits durchgeführt. Eine Lösung dieses Problems, glaube ich, wird erst dann möglich sein, wenn die Schönauerbrücke bzw. die Hundgrabenumfahrung fertig ist. Dann wird auch auf dem Gebiet Zwischenbrücken eine Lösung gefunden werden müssen. Zu Deinem Ansinnen wegen der Tiefgarage im innerstädtischen Verkehrsgebiet darf ich sagen - das wirst Du wahrscheinlich

wissen - daß bei der Verbauung der Schradergründe an eine Tiefgarage gedacht ist.

Herr Dr. Gärber, Du hast vom Wieserfeldplatz gesprochen. Es stimmt, es ist noch keine große Wieserfeldplatzlösung gefunden worden. Ich darf aber doch sagen, daß wir heuer im Gebiet Steyrdorf besonders am Wieserfeldplatz eine Zwischenlösung gefunden haben. Wir haben dort mit verhältnismäßig geringen Mitteln zusätzlich 50 PKW-Abstellplätze geschaffen und wir haben auch Kurzparkzonen in der Frauengasse eingeführt. Ich darf sagen, daß beides von Seiten der Bevölkerung und von Seiten der Geschäftsleute gut aufgenommen wurde.

Dein Wunsch, Asphaltierung der Krakowizerstraße, wird nach Möglichkeit im Asphaltierungsprogramm 1972 aufgenommen werden.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Zum Sechziger!

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Treml, Du hast gesprochen von der Schulwegsicherung Annaberg. Ich habe mich mit diesem Problem auseinandergesetzt und mich mit den zuständigen Herren der Polizei ins Einvernehmen gesetzt. Ein Schutzweg ist nicht möglich, weil ein Schutzweg immer von einem Gehsteig zum anderen führen muß. Es ist undenkbar, daß ein Schutzweg von einem Gehsteig ins Leere führt. Auf der anderen Seite ist eben kein Gehsteig. Die Schutzwegsicherung durch die Polizei wird aber speziell in den Stoßzeiten durchgeführt.

Herr Kollege Mayr, Dir darf ich folgendes sagen. Wegen der Salzstreuung habe ich Auftrag gegeben, daß sie sparsamst durchgeführt wird. Wir werden wirklich sparsam umgehen und das ist auch im Vorjahr schon der Fall gewesen. Ganz ohne Salzstreuung kön-

nen wir aber leider nicht auskommen. Ich darf sagen, daß der Bund derzeit auf Bundesstraßen große Versuche mit dem von den Stickstoffwerken erzeugten Harnstoff durchführt und wir hoffen, daß diese Großversuche positiv sind. Es wird damit vielleicht doch möglich sein, vom Salz abzugehen und auf diesen Harnstoff überzugehen.

Herr Gherbetz, Du hast aus einer Zeitung heraus einiges vorgelesen bezüglich Verkehr, daß wir zu Stoßzeiten in Steyr im Verkehr ersticken. Du hast fast recht, aber ich darf Dir sagen, ich kenne keine Stadt, wo es zu den Stoßzeiten nicht ebenso der Fall ist.

S 150.000,- für Parkplätze ist kein großer Betrag, aber ich darf sagen, daß wir auf diesem Gebiet auch aktiv sind. Wir haben heuer beispielsweise die Sepp-Stöger-Straße verbreitert. Wir haben den rechtsseitigen Gehsteig entfernt und damit 93 Stellplätze für Fahrzeuge zum Schrägparken geschaffen. Mit Deinem Vorschlag der Einbahnregelung rennst Du bei mir, Kollege Gherbetz, offene Türen ein, aber Du weißt, daß das ein sehr schwieriges Kapitel ist und daß auch die Wirtschaft Bedenken hat. Kollege Wallner wird mir das bestätigen. Aber vielleicht können wir doch einmal zu dieser Lösung kommen. Ich weiß es noch nicht.

Wir haben auch Parkplätze in anderen Stadtteilen geschaffen. Der Wieserfeldplatz wurde gemacht und für ungefähr 45 Fahrzeuge Parkplätze geschaffen sowie die Einbahnregelung durchgeführt. Dort haben sich die Verhältnisse jetzt wesentlich gebessert. Ähnlich ist es in der Willnerstraße. Auch dort haben wir zusätzlich Parkplätze geschaffen. Unser Plan ist es, dieses Schaffen von Parkplätzen für das nächste Jahr in der Innenstadt fortzusetzen. Du bist Mitglied des Verkehrsausschusses und Du weißt, daß bereits Planunterlagen in Fertigstellung sind, auf der Promenade für einige Dutzend

weitere Fahrzeuge - ohne Entfernung von Bäumen - Parkplätze zu schaffen und so wollen wir es auch in anderen Stadtteilen, Ennsleite, Tabor, Münichholz, Neustraße usw. durchführen.

Müllablagerungsgebühr, das ist positiv was Du gesagt hast. Auch die Entrümpelung war positiv und was die Einrichtung der Sammelstelle betrifft, darüber unterhalten sich der Herr Bürgermeister und ich schon längere Zeit und wir wollen diese Sache in Angriff nehmen.

Das waren im wesentlichen die ganzen Anfragen. Ich hoffe, ich habe keine übersehen.

Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Als Nächster auf der Liste steht Herr Stadtrat Kinzelhofer.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur auf zwei Punkte, die Herr Stadtrat Wallner angeführt hat, eingehen, und zwar betrifft es den Ankauf der Gas-Elektro-Herde und der Speicher. Bei den Elektro-Herden wissen wir, daß das eine Sonderanschaffung ist, die im Handel an und für sich nicht geführt wird. Diese werden bei Elektra-Bregenz bestellt.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Bestellungen jederzeit!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Ich muß dazu sagen, daß wir selbst ein Gaswerk betreiben und auch eine Verkaufsstelle haben. Die Gemeinde hätte an und für sich die Verpflichtung, nur in ihrem eigenen Geschäft zu kaufen, da auch die Betreuung dieser Herde durch das Gaswerk erfolgt. Das ist meine Meinung.

Zu den Speichern, die Sie auch kritisiert haben, sind wir als Fraktion der Meinung, daß man so wie bisher

bestmöglichst einkaufen soll, da sich dieser Preis auswirkt in der Preisgestaltung der Miete.

Das ist die Meinung unserer Fraktion.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärung. Als Nächster spricht nun Gemeinderat Dr. Schneider.

GEMEINDERAT DR. KONRAD SCHNEIDER:

Ich möchte nur ganz kurz zu den Worten des Herrn Stadtrates Wallner Stellung nehmen. Ich möchte ihm erstens mein tiefstes Mitgefühl ausdrücken, daß er unter so schwierigen Bedingungen heute seine Öffentlichkeitsarbeit bestreiten mußte. Daß ausgerechnet bei ihm das Blitzlicht nicht geleuchtet hat ...

ZWISCHENRUF STADTRAT MANFRED WALLNER:

Es hat geleuchtet!

GEMEINDERAT DR. KONRAD SCHNEIDER:

Dann haben mich die Geisterblitze so überwältigt, daß ich es nicht bemerkt habe.

... und daß etwa 50 % der Presse schon weg war und 5/6 unserer jugendlichen Zuhörer den Saal bereits verlassen hatten - ich möchte betonen nicht fluchtartig. Zu diesen Jugendlichen möchte ich ganz kurz einige Worte sagen. Ich bin überzeugt, daß sämtliche Fraktionen vor langen Jahren schon diesen Gedanken gehabt haben und es wird nur die Frage der Priorität sein, wer also wirklich als Erster auf diese Idee gekommen ist.

Verwirklicht habe ich diesen Gedanken heute erstmalig. Es war nur versuchsweise. Mich hat nur das Wort gestört, daß diese 6 gelenkt waren. Dazu möchte ich sagen, sicher, die Zahl

war auf 6 begrenzt, weil es geheißen hat, mehr haben nicht Platz. Wir haben am Gymnasium 3 Gruppen Arbeitsgemeinschaften politischer Bildung auf freiwilliger Basis. Da mir nun 6 Plätze versprochen waren, habe ich den Gedanken gehabt, jede dieser Gruppen mit 2 Plätzen zu bedenken. Ob es eine Belohnung oder Strafe war, das werde ich morgen zu ergründen versuchen. Wir werden sehen, ob der Zulauf in das Casino so groß ist, wenn die Möglichkeit gegeben ist. Diese jungen Leute sind sehr interessiert an der Kommunalpolitik und wir versuchen, unseren Schülern sogar in der Schule etwas Demokratie praktisch vorzuführen. Wir haben es so gemacht, daß wir die 3 Gruppen aufgefordert haben, je 2 Vertreter aus ihren Reihen zu wählen. Wie gesagt, ich weiß nicht, ob der, der das kürzere Hölzchen hatte gehen durfte oder der, der das längere Hölzchen gezogen hat, gehen mußte. Das werde ich versuchen, in den nächsten Tagen festzustellen. Ich wollte das nur zur Lenkung dieser 6 Jugendlichen anführen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Aufklärung. Es spricht nun als vorläufig letzter Vorgemerkter Gemeinderat Dresl.

GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren!

Meine Ausführungen sind sehr kurz und beschäftigen sich ebenfalls mit den Ausführungen des Kollegen Wallner. Er macht sich in der letzten Zeit sehr viele Gedanken um die Gewerkschaftsmitglieder und was die zur Vergabe sagen. Ich glaube, das soll er ruhig den Gewerkschaftsmitgliedern überlassen, welche Gedanken sie sich machen. Die Frage, wo sie einkaufen werden, ist sehr leicht zu beantworten, und zwar dort, wo es am billigsten ist.

Nicht nur da, wo es am billigsten ist, sondern wenn es den Mietern, die ja die Wohnungen übernehmen werden, noch billiger kommt. Ich glaube, Herr Stadtrat, was sich die Gewerkschaftsmitglieder denken, lassen Sie das bitte unsere Angelegenheit sein, wir sind zwar sehr dankbar, wenn Sie auch in Zukunft bei Ihren beruflichen Pflichten an die Gewerkschaftsmitglieder denken werden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich frage nun, ob es noch eine Vormerkung gibt? Das ist nicht der Fall. Ich darf den Herrn Bürgermeister um eine eventuelle Stellungnahme bitten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Zumindest eine Erklärung muß ich abgeben. Sie würden mit einer Beantwortung einzelner Fragen nicht zufrieden sein. Ich könnte zu jeder Frage, die aufgeworfen wurde antworten, das ist schon in die Wege geleitet, das ist falsch, das stimmt nicht, usw. Ich glaube, damit wären Sie mit Recht nicht zufrieden. Umgekehrt wäre eine erschöpfende und der Wahrheit gemäße Erledigung solcher Fragen in der Antwort sehr umfangreiche. Eine kurze Frage kann eine relativ lange Antwort erfordern. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß Sie mir erlauben, daß wir - wir haben das schriftliche Protokoll - eingehend bei einer sich bietenden Gelegenheit auf die einzelnen Diskussionsbeiträge gründlich eingehen und es jetzt mit dieser kurzen Erklärung belassen. Ich glaube, es wäre nicht möglich und nicht zweckmäßig und objektiv möglich, alle diese Fragen zu beantworten, obwohl bei manchen sicher nur eine ganz kurze Erklärung notwendig wäre. Aber daran hängt auch wieder ein Motiv, das besprochen werden müßte und die Antwort erst wieder in das richtige Licht setzt. Jedenfalls darf ich Ihnen danken,

daß Sie dem Budget einhellig Ihre Zustimmung geben.

Ich weiß, daß viele Diskussionsbeiträge im Laufe des Jahres, auch wenn sie noch nicht im Budget verankert oder in anderen Ansatzposten drinnen sind, verwirklicht werden können, soweit sie aus der heutigen Diskussion hervorgegangen sind. Eines möchte ich auch noch sagen, daß wir uns - darum möchte ich Sie bitten - gemeinsam bemühen müssen, dieses Gerüst - ich habe es heute so bezeichnet - für unsere künftige Arbeit im Jahre 1972 anwenden und benützen.

Darüber hinausgehende Unterstellungen, nicht im schlechten Sinn des Wortes, sind nicht ganz richtig, denn es ist wirklich nur für viele Probleme, die wir zu bewältigen haben, ein Posten, der dem Annäherungswert der Möglichkeit, die uns zur Verfügung stand, entspricht. Wir werden, glaube ich, gemeinsam diese Probleme bewältigen müssen und darum bitte ich Sie heute schon.

Ich glaube, der Vorsitzende wird es leicht haben, in der Frage um die Abstimmung, um die ich bitte.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Stellungnahme. Die Abstimmung wird sicher sehr angenehm verlaufen, das zeichnet sich schon aus den Erklärungen ab.

Wir schreiten nun zur Beschlußfassung über den Voranschlag, und zwar in allen Punkten und in einem Beschluß. Der Beschluß wird beinhalten die Abstimmung über den ordentlichen Haushalt, über den außerordentlichen Haushalt, den Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, den Finanzplan der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr, die Dr.-Wilhelm-Groß-Stiftung und den Dienstpostenplan der Stadt Steyr. Alle diese Posten sind im Beschluß beinhaltet. Wer für den Antrag des Referenten ist,

bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ich stelle ohne Gegenprobe die Einstimmigkeit des Beschlusses fest.

Ich darf damit den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurückreichen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wir haben noch zwei weitere Tagesordnungspunkte zu bewältigen. Zum nächsten Punkt bitte ich Herrn Kollegen Weiss, das Wort zu ergreifen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Jedes Jahr um diese Zeit haben wir einen Beschluß zu fassen, der dem Bürgermeister die Ermächtigung gibt, für besondere Leistungen in diesem Jahr Vergütungen zu geben.

Ich darf den Antrag zur Kenntnis bringen und um die Abstimmung und Beschlußfassung bitten.

2) Präs-611/71

Einmalige Vergütungen für besondere Dienstleistungen im Jahre 1971.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, für die im Jahre 1971 erfolgten besonderen Dienstleistungen an die in Betracht kommenden Magistratsbediensteten einmalige Vergütungen im Gesamtausmaß von

S 80.000,-

(Schilling achtzigtausend)

zu zahlen.

Der Betrag ist aus VP Sp 07 zu nehmen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht dazu jemand das Wort? Es ist nicht der Fall. Damit ist dieser

Antrag einstimmig angenommen.

Herr Kollege Fürst ist der Berichterstatter für den nächsten Antrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
RUDOLF FÜRST:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen einen Punkt vorzulegen, der die Regulierung der Altersheimgebühren für die nächste Zeit beinhaltet.

Gestatten Sie mir aber, daß ich die Gelegenheit dazu benütze, verschiedene Äußerungen zu zerlegen, die zum Punkt Altersheim gemacht wurden.

Es wurde von Herrn Dr. Gärber ein nebulöser Vergleich mit einem nicht näher bezeichneten Altersheim gebracht. Mich stört das weiter nicht, denn die Anwesenden werden sich selbst ein Bild machen können, wie man Äußerungen zu werten hat, die einer realen Überprüfung nicht standhalten können, weil keine Unterlagen vorliegen. Grundsätzlich wäre dazu eines zu sagen. Die Führung von Altersheimen in Österreich erstreckt sich vom sogenannten "Armenhaus" bis zum echten Altersheim oder sogar Sanatorium für alte Leute. Wobei ich dieses Prädikat nicht für unser Altersheim in Anspruch nehmen möchte. Daraus ergibt sich aber auch der Aufwand, der für eine Anstalt eingesetzt wird, nicht nur in direkter finanzieller Hinsicht, sondern auch in personalmäßiger. Es gibt genügend Altersheime, wo man mit einem überraschend niedrigen Personal auskommt. Ich kenne solche Heime. Hier wird pro Zimmer zu Pflegebedürftigen ein rüstiger Betagter hineingesetzt, der trotz der Bezahlung seines Pflegeplatzes verschiedene pflegerische Betreuungen vornehmen muß. Das ist in kleinen Anstalten am Land und auch in mittleren noch der Fall.

Es ist auch ein Unterschied, welches Personal ich zur Verfügung habe. Es gibt noch eine Reihe von Alters-

heimen, die Ordenspersonal zur Verfügung haben, das ganz bestimmt billiger kommt. Das muß man hier sagen. Es kommt darauf an, wie qualitativ die Zimmer ausgestattet sind, die Räume für die Betreuung und den Aufenthalt, ob man viele Einzel-, Einbett- oder Mehrbettzimmer hat, usw. Aus diesen Faktoren ergeben sich letztlich die Kosten für die Führung eines solchen Heimes und ich muß sagen, ich kann nur gleichartige Heime zu vergleichen heranziehen und hier liegen wir durchaus in der Regel, ja ich kann sagen, sogar sehr gut. Wir haben einen Personalschlüssel nach dem auf einen Bediensteten 3,8 Pfléglinge kommen und das ist ein sehr guter Faktor.

Was die vermutete Einsparung an Beheizung im Altersheim anbelangt, so habe ich gewußt, Herr Dr. Gärber, daß diese Äußerung von Ihnen heute kommt. Ich darf Ihnen aber eines sagen. Sie mögen vom ärztlichen Standpunkt aus recht haben, daß zu starkes Heizen die Luft trocken macht, was aber nicht unbedingt sein muß, wenn man mit Befeuchtungsanlagen das regelt. Eines muß ich als Referent zur Kenntnis nehmen, daß, wenn den Alten friert, wir die Aufgabe haben, etwas dagegen zu unternehmen. Und mögen alle Erkenntnisse dagegen sprechen, so werde ich mich nie dazu bereitfinden, im Altersheim weniger zu heizen. Uns ist in erster Linie wichtig, daß sich der Insasse dort wohlfühlt. Ich darf Ihnen zur Aufklärung sagen, daß die sprunghafte Steigerung der Beheizungskosten nicht darauf zurückzuführen ist, denn wenn sie die Ausgabenentwicklung dort betrachten, so werden Sie daraufkommen, daß gerade in den letzten zwei Jahren die Beheizungskosten sehr hoch geworden sind. Das sind nicht nur die Kosten, die für Beheizung der Räume verbraucht werden, sondern hier ist der größte Faktor in der Küche zu suchen. Dort ist auch der Umfang der Arbeit gestiegen und der Energieverbrauch ist

darin zu finden, daß wir seit dieser Zeit die Personalauspeisung und die Ausspeisung der Kindergärten durchführen. Wenn Sie die Einnahmenseite betrachten, so kommt auch der Rückfluß von diesen Leistungen hier wieder zu Buche.

Das war im großen und ganzen zu diesen Kritiken zu sagen.

Zum vorliegenden Tagesordnungspunkt selbst möchte ich folgendes aus dem Amtsbericht vorlesen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 16. 5. 1968 wurden die Gebühren für das Zentralaltersheim mit Wirkung vom 1. 6. 1968 neu festgesetzt. Diese Festsetzung hat sich beschlußgemäß über 3 Jahre erstreckt und diese Regelung läuft jetzt mit 31. 12. aus. Im GR-Beschluß vom 16. 5. 1968 wurde auch festgelegt, daß nach drei Jahren - das ist im Jahre 1971 - der Magistrat eine Übersicht über die Kosten und Gebührenerhöhungen zu erstatten hat. Es ist nun so, daß wir die Neuregelung treffen müssen und der Antrag, den der Finanz- und Rechtsausschuß an Sie stellt, lautet:

3) F-5006/66

Regulierung der Altersheimgebühren.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die mit Gemeinderatsbeschluß vom 16. 5. 1968, Pkt. III, festgelegte Valorisierung der Gebührensätze des Zentralaltersheimes im gleichen Ausmaß, wie die Pensionen der Sozialversicherungsinstitute erhöht werden (Pensionsdynamik), wird bis auf weiteres fortgesetzt. Die Regelung der Gebührenerhöhung auf Grund dieses Beschlusses beginnt mit 1. 1. 1972. Die Einhebung der sich ergebenden neuen Gebührensätze hat jeweils ab 1. 1. eines jeden Jahres, in dem eine Valorisierung stattfindet, zu erfolgen.

Ich bitte Sie, diesen Punkt zur Abstimmung zu bringen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Der Antrag steht zur Diskussion. Wer wünscht dazu das Wort? Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Das Jahr 1972, für das wir uns in unserem Kreis alles Gute gewünscht haben, wurde von Landeshauptmann-Stellvertreter zum Jahr der Hilfe für Arme und Hilfsbedürftige vorgeschlagen. Sie wissen auch aus Ihrer Zeitung, daß allein in Oberösterreich 126.000 Arme und Bedürftige sind, die sich an der Armengrenze befinden. Es handelt sich dabei vielfach um ältere Personen und vor allem Pensionisten, die monatlich mit einer Pension von rund S 1.500,- ihr Auslangen finden müssen. Ausgerechnet in diesem Jahr ist die erste Erhöhung, die der Gemeinderat beschließt, eine Regulierung der Gebühren, wie man sie heute schamhaft bezeichnet. Es ist ganz klar und offen ausgesprochen eine Preiserhöhung für die Alten und Pensionisten und es kommt noch dazu, daß nicht nur die Inwohner des Altersheimes, sondern auch die Mieter der Pensionistenheime mit 1. 1. pro Essensportion um S 1,20 oder ungefähr 8 % mehr bezahlen müssen. Sie wissen auch, daß die Alten 7,4 % ab 1. 1. mehr an Pension erhalten und Sie wissen genau, daß auf Grund der Einkommenserhöhung und Lohnsteigerung in Wirklichkeit 7,8 % für sie herauschauen müssen. Darüber hinaus ist auch ab 1. 1. vorgesehen, daß die Essensportion in den Städtischen Kindertagesstätten und Horten ebenfalls pro Portion um S 1,- erhöht wird. Im Budget haben wir schon gesehen, daß durch die Erhöhung der Kindergartengebühren die Eltern im Jahr 1972 laut Budget durchschnittlich S 600,- pro Kind bezahlen müssen. Dies zeigt, daß das Wort sozial auch von

der Sozialistischen Mehrheit in diesem Gemeinderat immer kleiner geschrieben wird.

Mit der Erhöhung der Altersheimgebühren und der vorgesehenen Erhöhung der Autobustarife, die schon angekündigt werden, wenn die Bundesbahntarife reguliert werden oder erhöht werden und sie wurden unterdessen beschlossen, wurde schon angekündigt, daß man da versucht, hier eine Erhöhung der Autobustarife sowie eine Erhöhung der Müllabfuhrgebühren durchzuführen. Ich weiß nicht, was noch alles von Seiten der Gemeinde im kommenden Jahr für die Bürger und vor allem für die unteren und mittleren Einkommen erhöht wird.

Zu dieser Altersheimerhöhung, die gleichzeitig wie der Beschluß lautet, Automatisierung ist. Die Altersrentner und Pensionisten haben diese Automatik noch nicht erreicht, aber die Gemeinde Steyr führt sie für sie ein, nämlich bei Bezahlung höherer Altersheimgebühren. Da diese Erhöhung ausschließlich die Wirtschaftsschwächeren unserer Bevölkerung trifft, lehnen wir Kommunisten diese Erhöhung ab.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Baumann bitte!

STADTRAT ALFRED BAUMANN:
Sehr geehrter Gemeinderat, meine Damen und Herren!

Ich melde mich nur, um etwas richtigzustellen, und zwar betrifft es die Erhöhung der Essensgebühr in den Tagesstätten und Horten. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß man nicht von Armen sprechen kann, weil in den Tagesstätten und Horten hauptsächlich Kinder sind, wo beide Elternteile beschäftigt sind.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Die sind also reich?

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Ich habe nicht gesagt, sie sind reich, aber man kann nicht sagen, daß sie arm sind. Eines steht fest, es ist niemandem recht, wenn etwas erhöht wird, das ist selbstverständlich. Aber ich muß feststellen, Sie müssen uns erklären, wer das bezahlen soll?

Dann möchte ich noch feststellen, daß niemand davon gesprochen hat, daß eine Kindergartengebühr erhöht werden soll. Diese Gebühr läuft unverändert weiter, wie sie im Gemeinderat beschlossen wurde. Vielleicht wird von Ihnen eine gewünscht?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sie haben falsch verstanden, ich habe gesagt, es werden S 600.000,- mehr erwartet, das müssen die Eltern bezahlen.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Sie haben gesagt, es wird auf S 600,- erhöht. Ich möchte dazu sagen, daß man nicht sprechen kann, daß man unsachlich ist. Wir geben zu den Essen in den Städtischen Tagesstätten und Horten, ich glaube S 3,80 dazu.

Ich würde bitten, auch das zur Kenntnis zu nehmen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Fürst bitte!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:
Werte Damen und Herren!

Sie sehen, wie konträr hier die Anschauungen sind. Auf der einen Seite wird der Abgang von rund S 4 Mill. im Altersheim kritisiert, auf der anderen Seite wird eine Regulierung der Gebühren verwehrt. Ich möchte hier der Vollständigkeit halber nachtragen, daß der Zuschuß, den die Gemeinde leistet - wo sich die Gemeinde im vorhinein auf 10 % des Abganges festgelegt

hat - bereits ganz illusorisch geworden ist, denn der Abgang, den die Gemeinde zu tragen hat, beträgt 41 %.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Vielleicht ganz kurz eine Erklärung. Es dürfte Kollegen Tremml noch nicht bekannt sein, daß Bezieher kleinerer Pensionen, Fürsorgerentner usw. von dieser Erhöhung nicht betroffen sind, weil sie das Höchstmaß der Gebühren überhaupt nicht erreichen. Dort tritt automatisch die Fürsorge ein. Es müssen dem Pensionsbezieher 20 % auf jeden Fall, gleichgültig ob kostendekkend oder nicht, seiner Pension im eigenen Besitz verbleiben und auch der Fürsorgeempfänger oder jener, der die Richtsätze nicht erreicht, wird aufgenommen und muß zu den gleichen Bedingungen verpflegt und untergebracht werden.

Das war eine kurze Aufklärung, weil besonders unter arm verständlicherweise meist Fürsorgebezieher verstanden werden.

Wortmeldungen? Es sind keine mehr erfolgt.

Ich darf Sie bitten, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich, dies mit einem Zeichen mit der Hand zu bekunden. Danke. Gegenprobe? Danke. Damit ist auch die Tagesordnung des heutigen Gemeinderates erschöpft. (1 Gegenstimme - GR Otto Tremml KPÖ).

Sie haben, werte Damen und Herren, Ihren Kollegen, den Mitarbeitern im Magistrat, beste Festtagswünsche übermittelt. Erlauben Sie mir namens des Magistrates und namens des Präsidiums diese Glückwünsche zu erwidern. Sie schließen vor allem Erfolgswünsche auch für unsere kommunale Tätigkeit ein. Wir hoffen, daß das Jahr 1972 uns viele - wir hoffen den größten Teil - Wünsche erfüllen möge.

Ihnen persönlich darf ich ebenfalls ein recht frohes Fest, ein gutes Jahr 1972 und für die ersten Monate des Jahres 1972, wo viele Urlaube konsumiert werden, auch gute Erholung wünschen.

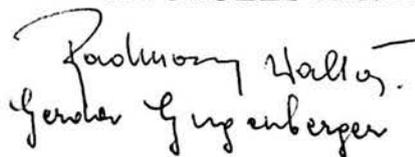
Ich darf damit die Sitzung schließen.

Ende der Sitzung: 17.50 Uhr.

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



DIE PROTOKOLLPRÜFER:

